



Ausschuss für Schule und Bildung

55. Sitzung (öffentlich)

2. Juli 2024

Düsseldorf – Haus des Landtags

14:09 Uhr bis 15:57 Uhr

Vorsitz: Florian Braun (CDU)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkt:

Vermittlung demokratischer Werte und Strukturen zukunftsfest stärken 3

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/8433

– Anhörung von Sachverständigen (s. *Anlage*)

* * *

Vermittlung demokratischer Werte und Strukturen zukunftsfest stärken

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/8433

– Anhörung von Sachverständigen (*s. Anlage*)

Vorsitzender Florian Braun: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit Blick auf die Uhr – leichte Verspätung, ich bitte um Nachsicht – darf ich Sie alle herzlich zur heutigen Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung begrüßen. Wir kommen heute zusammen zu einer Anhörung. Eben zuvor war noch eine Schülerbesuchergruppe mit hier im Saal. Das ist ja auch wichtig und vielleicht schon ein ganz wesentlicher Baustein für das, was wir heute hier gemeinsam besprechen wollen. Deswegen haben wir da sicherlich Verständnis für.

Eine Sachverständige wird sich hoffentlich gleich noch digital zuschalten, Frau Weisband, ansonsten sind aus meiner Sicht alle Expertinnen und Experten hier entweder mit im Raume oder auch digital dabei, sodass wir uns auf einen guten Austausch freuen können.

Die Anhörung wird live gestreamt. Ansonsten bitte ich hier im Raume, keine Ton- oder Bildaufnahmen vorzunehmen.

Zum Ablauf der heutigen Anhörung: Wir handhaben es hier im Schulausschuss so, dass jede Fraktion die Möglichkeit bekommt, eine Frage an Sie Sachverständige zu richten. In der ersten Runde sind wir da noch etwas galanter, was die Anzahl der Ansprechpartner angeht. Ansonsten versuchen wir, dass die Fraktionen sich mit ihrer Frage auf maximal drei Sachverständige reduzieren.

Wenn dann alle Fraktionen ihre Fragen gestellt haben, haben die Sachverständigen die Möglichkeit, auf die Fragen, die an Sie gestellt wurden, einzugehen. Dabei würden wir darum bitten, im Zeitrahmen von drei Minuten zu bleiben, damit alle Sachverständigen gleichermaßen zu Wort kommen und wir die eine oder andere Fragerunde anschließen können.

Gibt es zum Verfahren noch Fragen? – Das ist nicht der Fall. Dann können wir direkt starten. Die erste Frage hat Frau Kollegin Schlottmann von der CDU.

Claudia Schlottmann (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Auch von dieser Seite herzlichen Dank für Ihr Erscheinen und Ihre Stellungnahmen. Ich habe zunächst mal, und da nutze ich den Spielraum aus, den der Vorsitzende für die erste Runde gegeben hat, eine Frage an alle Sachverständigen: Welche Rolle spielen aus Ihrer Sicht und Erfahrung Besuche von Gedenkstätten wie Auschwitz-Birkenau in der politischen Bildung und Demokratieerziehung?

Gönül Eğlence (GRÜNE): Herzlichen Dank und herzlich willkommen an die Sachverständigen. Ich habe zunächst eine Frage an Herrn Professor Fereidooni. Wie stellen

Sie sich die Entschlackung der Curricula konkret vor, um mehr Zeit für die Vermittlung demokratischer Kompetenzen zu schaffen? Kennen Sie vielleicht auch Best-Practice-Beispiele für die multiprofessionellen Teams? Da würden wir uns drüber freuen.

Franziska Müller-Rech (FDP): Ich darf mich zunächst auch im Namen der FDP-Fraktion ganz herzlich bedanken, dass Sie heute hier sind, egal, ob persönlich und digital. Auch vielen Dank für die vorab erstellten Stellungnahmen.

Meine erste Frage möchte ich gerne an alle richten und möchte mich auf die eine Forderung in dem Antrag beziehen, die sich mit der eigenen Gestaltung von Demokratie durch Jugendliche befasst – es ist tatsächlich nur diese eine –, die lautet: Partizipationsmöglichkeiten für Schülerinnen und Schüler aller Altersklassen und Schulformen zu stärken. In allen anderen Forderungen geht es mehr um das Aneignen von Wissen über Demokratie. Aber gerade die Selbstwirksamkeit ist ein ganz wichtiger Faktor für die Schülerinnen und Schüler.

Deswegen möchte ich Sie alle fragen, wie Sie diese Selbstwirksamkeit einschätzen, dass Jugendliche auch das Gefühl haben, ernst genommen zu werden, dass Kinder und Jugendliche eigene Regeln mitgestalten, Grenzen von Mitbestimmung erfahren, was sie dann selbst bei der Anerkennung demokratischer Werte und Regeln anwenden können.

Silvia Gosewinkel (SPD): Sehr geehrte Sachverständige! Vielen Dank auch seitens der SPD-Fraktion für Ihre Mühe und den Aufwand, uns Stellungnahmen einzureichen. Meine erste Frage geht an alle Sachverständige.

Inwiefern gelten aus Ihrer Sicht in den Schulen in NRW derzeit gleiche politische Bildungschancen für alle Lernenden? Wo sehen Sie diesbezüglich Handlungsbedarf?

Vorsitzender Florian Braun: Vielen Dank. Das wäre es auch schon. Die AfD-Fraktion hat sich für die heutige Anhörung entschuldigen lassen. Frau Dr. Hospes, wenn Sie wollen, können Sie gerne beginnen.

Dr. Ulrike Hospes (Konrad-Adenauer-Stiftung): Sehr gerne. Vielen Dank, dass wir hier unsere Expertise abgeben dürfen. Ich beginne mit der ersten Frage, Besuche von Gedenkstätten.

Es wurde Auschwitz-Birkenau genannt. Wir als Konrad-Adenauer-Stiftung führen 20 bis 25 Fahrten im Jahr durch. Die gehen allerdings nicht alle nach Auschwitz- Birkenau. Das ist leider aus Kostengründen nicht immer darstellbar. Aber wir nutzen die Gedenkstättenpädagogik, die wir in Deutschland haben: Buchenwald, Dachau, Neuengamme. Auch das sind sehr eindrückliche Erlebnisse für die Schülerinnen und Schüler.

Wichtig ist – es steht auch in diesem Antrag drin, dass jeder Schüler, jeder Schülerin einmal in ihrem Leben eine Gedenkstätte besucht haben sollte –, dass man das nicht unvorbereitet geschehen lässt, sondern dass man den Schulunterricht vorher, aber auch die pädagogische Begleitung vor Ort nutzt und einbindet, damit die Schüler auch vorbereitet und aufgefangen werden. Es geht also nicht nur darum, das Grauen zu

sehen, soweit man das heute noch nachvollziehen kann, und sich Filme anzuschauen oder durch ein lebendiges Museum zu gehen, sondern das muss auch eingeordnet werden in historischen Kontext. Dementsprechend muss der Geschichtsunterricht vorbereiten. Sofern er dazu nicht in der Lage ist, weil es gerade vielleicht nicht Unterrichtsthema ist, müssen Projektwochen oder andere Unterrichtsstunden dafür herhalten, damit die Schüler wirklich etwas mitnehmen. Es nützt nichts, die Schülerinnen und Schüler fünf Tage irgendwohin zu schicken und dann mit ihren Eindrücken allein zu lassen, ohne dass das in den größeren historischen Kontext eingeordnet werden kann.

Ansonsten ist dieses Lernen am authentischen Ort das Nachdrücklichste – das bezieht sich sowohl auf die Konzentrationslager als auch auf andere Gedenkstätten, die wir aus der DDR-Diktatur in Deutschland haben –, was wir mit Schülerinnen und Schülern machen können. Keine Quellenauswertung in einem Geschichtsbuch kann das liefern, was das Erleben vor Ort mit sich bringt. Wenn wir dann noch das große Glück haben, Zeitzeugen einbinden zu können, dann wird es für die Schüler auf einmal sehr nah.

Wenn wir auf den Holocaust blicken, hilft es nichts, auf die 6 Millionen ermordeten Juden zu blicken. Das können die Schülerinnen und Schüler fast nicht nachvollziehen. Aber wenn sie mit dem Einzelschicksal konfrontiert werden, vielleicht sogar dem Schicksal von Jugendlichen, die so alt sind wie sie und deren Erfahrungs- und Lebenshorizont sie nachvollziehen können, dann ist das etwas, was hängen bleibt.

Die nächste Frage: Gestaltung von Demokratie durch Jugendliche, Partizipationsformen stärken. Wir befähigen in einem Programm Lehrerinnen und Lehrer, Demokratie an ihrer Schule zu entdecken, Strukturen aufzutun, wie Schülerinnen und Schüler sich beteiligen können, wie es ein Miteinander der verschiedenen Altersklassen, Stufen, auch von Schülern und Lehrkräften gibt.

Wichtig ist uns aber dabei, dass, wenn man aus diesem Kosmos Schule austritt, es weitere Partizipationsmöglichkeiten in der Gesellschaft gibt. Hier ist uns wichtig, dass man die Institutionen, die Zusammenhänge, die Verantwortlichkeiten, die Entscheidungsebenen, die in diesem Staat verankert sind, kennt. Sonst hat man nämlich viele Projekte im Kopf, möchte ganz viel umsetzen und wundert sich, dass man vor verschlossene Türen rennt und diese Selbstwirksamkeit nicht entwickeln kann, weil man die Struktur nicht versteht. Ich vermute, wir kommen im späteren Verlauf der Anhörung noch mehr darauf zu sprechen.

Man muss verstehen, auf welcher Ebene etwas entschieden wird, damit man durch Anträge, Projekte, Initiativen, Gespräche diese offenen Türen bekommt und überhaupt erst einmal in die Lage versetzt wird, bei Jugendlichen meist auf kommunaler Ebene, Dinge über den Kosmos Schule hinaus umzusetzen.

Gleiche politische Bildungschancen, dritte Frage: ja, sehr wünschenswert, nicht gegeben, schon aus strukturellen Gründen nicht. Wir dürfen beispielsweise mit unserer politischen Bildungsarbeit erst mit 16 Jahren anfangen. Damit haben wir ein riesiges Problem an Haupt- und Realschulen. Die haben dann in der 10. Klasse anderes zu tun, nämlich, sich auf ihren Schulabschluss vorzubereiten, und nicht mehr so viel Zeit für Projektarbeit und außerschulische Aktivitäten. Deswegen wäre es hier sehr sinnvoll,

beispielsweise mit 14 Jahren anzufangen und insbesondere diese beiden Schultypen mit reinzunehmen.

Gymnasien werden rauf- und runtergespielt, die können sich nicht retten vor Angeboten. Wir legen sehr viel Wert darauf, auch an Berufskollegs zu gehen und gerade mit den wirtschaftspolitischen Themen dort das Subjekt im Kreislauf Wirtschaft deutlich zu machen. Diese Schulen sind immer sehr dankbar für Ansprache, weil sie häufig runterfallen. Seit letztem Jahr legen wir auch einen stärkeren Fokus auf die Förderschulen, insbesondere im Bereich Cybergrooming, Cybermobbing, Umgang mit Medienkompetenz, weil auch diese Schulen in dem Bereich alleingelassen werden und dankbar sind, wenn sie diese außerschulischen Angebote wahrnehmen können.

Dr. Ekkehard Thiesler (Bank für Kirche und Diakonie): Guten Tag zusammen. Mein Name ist Ekkehard Thiesler. Ich bin seit 14 Jahren Finanzausschussmitglied der Stiftung Auschwitz-Birkenau. Wir initiieren, dass die Gedenkstätte in Auschwitz-Birkenau erhalten bleibt. Da hat auch NRW sehr viel zu beigetragen. Es geht aber auch weiter. Es geht um Bildung, Weiterbildung, Erinnerungskultur. Da sind wir auch initiativ geworden.

Es sind weniger als 5 % der deutschen Schülerinnen und Schüler, die Auschwitz-Birkenau besuchen. Die Zahl der Besucher nimmt allgemein immer mehr zu. Vor Corona waren es 2,3 Millionen, letztes Jahr 1,6 Millionen, dieses Jahr wird 2,3 Millionen wieder erreicht werden, also eine große Anzahl von Schülerinnen und Schülern insbesondere, die Auschwitz besuchen.

Vor der Coronazeit hatten wir die Initiative ergriffen, um zu sagen: Kann es nicht auch eine virtuelle Führung, eine Online-Führung geben? Sie müssen sich das vorstellen wie Skypen, also dass der Guide durch die Gedenkstätte geht und Schülerinnen und Schülern ermöglicht, an einem 90-Minuten-Programm dort teilzunehmen. Das haben wir umgesetzt mit Initiative und Hilfestellung, auch privater Spenden aus der ganzen Welt. Es hat 2,5 Millionen Euro gekostet. Wir haben es jetzt tatsächlich geschafft, dass NRW als erstes Bundesland es den Schulen ermöglicht, hieran teilzunehmen. Wir hatten die ersten Schulen, die das gemacht haben; es sind insbesondere 9. Klassen, die daran teilnehmen, weil in der Zeit die NS-Thematik im Curriculum ist.

Es ist sehr gut angekommen, weil man trotz dieser Schwelle - es ist nicht vor Ort - die Gedenkstätte wirklich authentisch besuchen kann – es werden Videos von Überlebenden eingespielt, es werden Fotos gezeigt. Die Bewertung der Schülerinnen und Schüler, die daran teilgenommen haben, war so, dass man wirklich einen Einblick darin bekommen kann.

Die Bedeutung des Besuches ist immer noch wichtig, denn vor Ort ist der physische Eindruck stärker. Aber die Ergänzung ist aus unserer Sicht sehr wichtig ad 1, denn irgendwann sind Kapazitätsgrenzen in der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau erreicht – es ist ein sehr viel höherer Aufwand –, aber dieser virtuelle Besuch bietet eine sehr gute Möglichkeit, sich mit der Thematik auseinanderzusetzen.

Da ist meine Frage und Bitte, ob der Ausschuss sich dafür einsetzen kann, – wir haben 350 Guides und werden jetzt noch zehn weitere ausbilden, damit die zusätzlich auch

auf Deutsch führen können, um den Bedarf abzudecken –, dass das finanziell unterstützt wird.

Die zweite Frage, Partizipationsmöglichkeiten: Ich war acht Jahre Mitglied einer Schulpflegschaft einer Schule in Münster, davon fünf Jahre Vorsitzender. Ich habe es also live in der Schulpflegschaft mit den Schülerinnen und Schülern erlebt. Hier ist es so: Wissen zu bekommen über das Thema, ist das Eine. Mein Thema ist Antisemitismus, aber auch Minderheitenschutz, denn in Auschwitz – das wird oft vergessen – sind 1,1 Millionen Jüdinnen und Juden, aber auch Roma, Sinti, politische Gefangene, Polen, Intelligenza etc. vernichtet worden –, damit man auch weiß, über was man spricht, bevor man tatsächlich seine Meinung bilden kann. Deswegen ist es wichtig, sich Wissen anzueignen. Und das kann man dadurch stärken, dass man Wissen vermittelt, unter anderem durch einen Besuch oder eine andere Möglichkeit des Austausches.

Gleiche Chancen, um auf die dritte Frage einzugehen: Da sagen wir ja. Dadurch, dass es nicht dieser Aufwand ist, vor Ort nach Auschwitz-Birkenau, Oświęcim reisen zu müssen, sondern dass man es virtuell machen kann, gibt es die Chance, gleichermaßen zu partizipieren. Voraussetzung ist: Es muss bekannt gemacht werden. Das ist erst seit dem 1. Januar überhaupt möglich. Wie gesagt, NRW ist weltweit eines der ersten Länder überhaupt, die daran teilnehmen können. Es muss aber auch an anderen Schulen bekannt gemacht werden, was Sie schon sagten, Frau Hospes, dass es transparent wird, dass auch Berufsschulen teilnehmen können. Es sind auch viele Zwölftklässler, die das machen können, aber es können auch Berufsschulen oder andere Schulklassen daran teilnehmen. Gleiche Chancen kann es nur geben, wenn es bekannt ist und die Schülerinnen und Schüler daran teilnehmen können.

Vorsitzender Florian Braun: Vielen Dank für die Einschätzung, Herr Dr. Thiesler. Wir kommen nun zur Landesschülervertretung. Ich würde hier im Raum in der Runde weitermachen, bevor wir dann zu den digital zugeschalteten übergehen. Die Herren Bala und Sala, teilt euch gern untereinander auf, bitte schön.

Elias Bala (Landesschüler*innenvertretung NRW): Bei den Besuchen von Gedenkstätten, was ohne Zweifel sehr wichtige Einrichtungen sind, um der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und ihrer Verbrechen, insbesondere der Shoah, zu gedenken, ist die Frage, was sie bei Schüler*innen erreichen sollen.

Hier ist die Frage: Reicht das Wissen über die nationalsozialistischen Verbrechen, um sie abzulehnen? Mit Blick auf bestimmte Abgeordnete aus bestimmten Landtagen reicht das nicht. Es geht darum, hier normativ und nicht strukturell Werte zu vermitteln. Da ist dann die Frage, ob Gedenkstätten dazu der richtige Ort sind. Es geht also hier tatsächlich darum, eine normative Ablehnung der nationalsozialistischen Verbrechen zu erreichen und nicht um irgendeine Form von demokratischer Läuterung, insbesondere, was bei verpflichtenden Gedenkstättenbesuchen der Fall sein kann, dass eine Ablehnung der Demokratie bzw. eine Hinwendung zu faschistischem Gedankengut geschehen kann, was Gedenkstätten auch immer wieder betonen.

Zur zweiten Frage, wie weit die Gestaltungs- und Partizipationsmöglichkeiten gestärkt werden müssen: auf jeden Fall. Hier sind insbesondere die Schüler*innenvertretung

zu nennen, die direkt an den Schulen selbst wirksam sein können. Diese müssen auch mit entsprechenden Möglichkeiten ausgestattet werden, tatsächlich etwas tun zu können und nicht in der Bedeutungslosigkeit des Waffelbackens zu versauern, sondern eine Gestaltungsmöglichkeit zu haben, die dann auch wahrgenommen wird und tatsächlich real ist.

Jonas Sala (Landesschüler*innenvertretung NRW): Um auf die dritte Frage einzugehen: Es ist ein dringender Handlungsbedarf vorhanden, weil noch immer nicht nur die technische Ausstattung, sondern auch, wie im Unterricht mitgearbeitet werden kann, durch das Elternhaus vorgegeben ist. Da bitten wir, dass das dringend unterstützt wird.

Prof.'in Dr. Bettina Zurstrassen (Universität Bielefeld, Fakultät für Soziologie): Auch meinerseits vielen Dank für die Einladung zur Ausschusssitzung. Ich möchte mich hinsichtlich der Gedenkstättenbesuche meinen Vorredner*innen gerne anschließen, was die Bedeutung anbelangt. Ich möchte aber auch betonen – hierauf haben auch die Schülervereine verwiesen –, wie wichtig es ist, Gedenkstättenbesuche sinnvoll vor- und nachzubereiten. Das heißt, es bedarf Lernzeit, damit es nicht einen kleinen Eventcharakter hat, sondern es muss sinnvoll von Lehrkräften, die dazu qualifiziert sind, in den Unterrichtsprozess mit integriert werden. Das ist die eine Frage.

Die beiden anderen Fragen zu Partizipationsmöglichkeiten und sozialer Ungleichheit würde ich gerne zusammenfassen. Wir haben grundlegend das Problem, dass Schülerinnen und Schüler mit ungleichen politischen Bildungschancen in Schule kommen. Das ist, wie in anderen Bereichen auch, sehr stark abhängig von sozialstruktureller und sozioökonomischer Herkunft. Das Problem ist, dass Schule das bisher nicht ausreichend kompensiert. Das heißt, die Schülerinnen und Schüler, die ohnehin privilegiert sind, erhalten auch in der Schule häufig mehr Partizipationsmöglichkeiten. Wir haben es eben schon gehört: Viele Angebote richten sich an Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums, andere Schülergruppen werden da stark vernachlässigt. Das ist die eine Ungleichheitsstruktur.

Die andere ist allerdings auch teilweise in den Köpfen der Lehrkräfte. Da muss mehr Aufklärung geschehen. Das heißt, Schülerinnen und Schülern nicht nur zuzugestehen, sondern auch zuzutrauen, dass sie politisch partizipieren und dass sie politisch handlungsfähig sind, das ist ganz zentral. Wir wissen, dass Schülerinnen und Schüler, da spreche ich den von Frau Müller-Rech genannten Begriff der Selbstwirksamkeit an, die positive politische Erfahrungen gesammelt haben, auch ein positives politisches Selbstwirksamkeitsgefühl entwickeln und damit auch die Wahrscheinlichkeit steigt, dass sie sich für Demokratie und Politik engagieren.

Achim Wölfel (Mehr Demokratie): Herzlichen Dank von Mehr Demokratie für die Möglichkeit zur Stellungnahme heute. Gedenkstättenbesuche halten wir für wichtig und sinnvoll. Ich kann mich hier nur meinen Vorrednerinnen anschließen. Ich glaube, das Thema ist jetzt noch deutlich wichtiger angesichts des Erstarkens von Antisemitismus und Rechtsextremismus. Welche Auswüchse das im Extremfall nehmen kann, das kommt auf die Vorbereitung und Nachbereitung an. Es ist nicht getan mit dem

bloßen Besuch dort. Das flächendeckend einzuführen und sicherzustellen, dass jeder Schüler, jede Schülerin das einmal erleben darf, ist wichtig.

Ich glaube, da sind wir noch weit von entfernt. Ich habe mein Abi 2009 in Baden-Württemberg gemacht. Bei uns war das zum Beispiel kein Thema. Ich war letztes Jahr das erste Mal privat in Auschwitz und habe das als sehr wertvoll empfunden.

Partizipationsmöglichkeiten stärken für alle Schülerinnen und Schüler ist, glaube ich, enorm wichtig, vielleicht auch der zentrale Baustein in diesem Antrag, in dieser Mission der Stärkung der Vermittlung demokratischer Werte und Strukturen im Bildungssystem. Es gibt hierfür Beispiele, auch in Nordrhein-Westfalen, wie Schulen viel stärker versuchen, demokratisch zu sein - es gibt sogar einen demokratischen Kindergarten in NRW -, wo dann nicht die Klassensprecher*innenwahl das einzige demokratische Element während des Unterrichts ist. Das ist auch häufig relativ selektiv. Man kennt das vielleicht aus dem eigenen Schulalltag noch: Wer sich da aufstellt und gewählt wird, auch wer Schulsprecherin oder Schulsprecher ist, das sind meistens Leute, die schon sehr viel von zuhause mitbekommen. Aber es lässt sich auch der Unterricht und der Schulalltag deutlich partizipativer gestalten. Da Impulse zu setzen, halte ich für sehr sinnvoll.

Was hier vielleicht nicht so wahnsinnig viel hilft: Es wurde in der Stellungnahme von Frau Weisband erwähnt, das sind diese klassischen Planspiele und Simulationen, die eher dem Bereich der Institutionenlehre zuzurechnen sind. Die sind bestimmt sinnvoll zur Vermittlung von Wissen, aber Selbstwirksamkeitserfahrungen machen die Wenigsten in dem Rahmen.

Was die gleichen Chancen für alle Lernenden an NRW-Schulen angeht, das ist kein NRW-Problem. Die ist fraglos nicht gegeben in Deutschland. Es wird sehr früh selektiert, wohin die spätere Bildungslaufbahn mal führt. Vielleicht mit Blick auf die heutige Anhörung: Das gilt ganz besonders bei der Demokratiebildung. An Gymnasien – das wurde auch schon erwähnt – herrscht da relativ wenig Mangel. Ganz anders sieht es an Hauptschulen, an Berufsschulen und auch an Förderschulen aus.

Prof. Dr. Andreas Blätte (Universität Duisburg-Essen, Institut für Politikwissenschaft): Vielleicht zunächst zu den allgemeinen Fragen. Zu den Erinnerungsorten: Ich würde der Diskussion gerne noch ein Stichwort hinzufügen, auch die dezentralen Erinnerungsorte nicht aus dem Blick zu verlieren, weil die das Entsetzen an die eigene Lebenswelt näher heranrücken, vielleicht enger verwoben sind mit den eigenen Biografien.

Für die Vermittlungsform einfach das Stichwort der partizipativen, interaktiven Lehrform von Planspiel bis hin zu Schülerparlamenten, weil sich das, was man selber erfährt und erlebt, viel fester im politischen Erfahrungsraum verankert.

Einen Schwerpunkt würde ich gerne setzen bei der Frage nach den gleichen politischen Bildungschancen. Wir hatten zusammen mit der Kollegin Susanne Pickel den Demokratiebericht des Landes Nordrhein-Westfalen wissenschaftlich begleitet, der Ende vergangenen Jahres hier im Landtag vorgestellt worden ist, eine breit angelegte Studie mit über 3.000 Befragten in einer Umfrage, die sehr tiefe Erkenntnisse zur Lage in Nordrhein-Westfalen möglich macht. Bei den 14- bis 25-jährigen, also bei den Jugend-

lichen und jungen Erwachsenen, hatten wir 650 Befragte, können also damit wirklich statistisch gute Ergebnisse erzielen.

Die Bombe in der Sonderauswertung, die wir für diese Anhörung durchgeführt haben, ist auf Seite 6, eine Reihe von Statistiken, wo das Ergebnis manchen Sichtweisen widerspricht, nämlich dass mit der höheren Bildung die Verfestigung demokratischer Orientierung linear ansteigt. Das ist sehr fest in den Köpfen drin. Die Ergebnisse, die wir erzielen, widerlegen das eindeutig. Wir stellen nämlich gerade bei den mittleren Bildungsabschlüssen fest, dass sich dort eine Abwendung von der Demokratie einstellt. Da sind die höchsten Zustimmungswerte zu einer Aussage wie „es sollte eine Partei geben, die den Volkswillen verkörpert“, oder „es braucht eine starke Führung, die Deutschland zu Wohle aller regiert“, also eindeutige Orientierung in Richtung eines autoritären Weltbildes. Am besten ist es bestellt bei den Abiturientinnen und denjenigen, die im Studium stecken.

Da muss man also hinschauen. Wenn man von diesen Ergebnissen her denkt, dann gilt es, auch die ungleichen politischen Bildungschancen in den Blick zu nehmen. Die Statistiken zeigen bei denjenigen mit mittleren Bildungsabschlüssen und bei denen, die keinen Abschluss oder einen Hauptschulabschluss haben, eindeutig eine große Unzufriedenheit mit dem Umfang der politischen Bildung. Sie sagen, das war zu wenig interaktiv. Die ganzen Qualitätsmerkmale werden nicht erreicht.

Nach dem, was wir aus anderen Studien kennen, gibt es da eine Schiefelage, was den Umfang der politischen Bildung angeht. Es wird viel Unterricht fachfremd erteilt. Das ist eine Mischkombination, kombiniert mit Wirtschaft, Recht und, und, und. Der Umfang der politischen Bildung ist einfach nicht groß genug. Da gilt es, nachzulegen – vor allem in einer Zeit, in der wir das Wahlalter einerseits senken und in der man praktisch, wenn man die Dinge nicht in der Schule mitbekommt, ungefiltert durch TikTok, was auch immer, beeinflusst werden kann, wo es kein Korrektiv gibt. Quellenkritische Haltung und die Fähigkeit zur eigenen Urteilskompetenz müssen stärker in die Schule hineingeholt werden, gerade bei den nicht gymnasialen Schulformen. Den Punkt wollte ich hier vor allem stark machen.

Prof. Dr. Karim Fereidooni (Ruhr-Universität Bochum, Fakultät für Sozialwissenschaft [per Video zugeschaltet]): Danke schön für die Einladung. Ich freue mich, virtuell bei Ihnen zu sein. Ich gehe gerne auf die Fragen ein.

Als Erstes: Welche Rolle haben Besuche von Gedenkstätten, zum Beispiel Auschwitz-Birkenau? Die haben eine sehr wichtige Rolle. Da kann ich den Vorredner*innen nur zustimmen. Das Problem ist allerdings, dass die Vor- und Nachbereitung zu kurz kommt. Das haben einige der Expertinnen gerade schon gesagt. Da wünsche ich mir, dass die Lehrkräfte nicht damit alleingelassen werden, das durchzuführen, und dann, wenn man wieder da ist, bespricht man wieder den eigentlichen Lehrplan. Viele Schüler*innen nehmen das aus Ausflug wahr.

Ich bin immer wieder erschrocken. Ich bin häufig in Berlin. Wenn ich am Holocaust-Mahnmal entlanglaufe, sind Schüler*innen dabei, die einfach Selfies machen, von Stele

zu Stele springen und den Ernst der Lage nicht verstanden haben. Ich würde mir da eine gründlichere Vorbereitung wünschen.

Aber wir können die Problemlagen des deutschen Schulwesens nicht den Lehrkräften anlasten. Was ist das Problem? Es ist meiner Meinung nach das Problem Zeit. Lehrkräfte haben gar keine Zeit, sich mit der Vor- und Nachbereitung zu beschäftigen. Ich war selber einige Jahre Lehrer, bilde Politiklehrkräfte aus. Wenn Sie 32 Schüler*innen in der Unter- und Mittelstufe haben und alle sechs Wochen eine Klassenarbeit schreiben müssen in zwei Fächern und dann im Politikunterricht diese Personen auch noch auf eine Gedenkfahrt vorbereiten und sie gleichzeitig aufs Abitur vorbereiten müssen – Stichwort Zentralabitur –, dann bleibt ihnen keine Zeit, um sich vom Lehrplan zu lösen. Das ist das Problem.

Da bin ich schon bei der zweiten Frage. Ich wurde persönlich gefragt, wie ich mir die Entschlackung des Curriculums vorstelle. So, wie ich das geschrieben habe: Laden Sie Expert*innen ein, die sich damit auskennen, Fachdidaktiker*innen, Bildungswissenschaftler*innen, Personen aus Bildungsgewerkschaften, Schüler*innen, Eltern, eine schöne Truppe von Personen, die sich mit Schule auskennt. Und dann lassen Sie uns über eine Sache nachdenken: nämlich Handlungsorientierung. Wie können wir die Handlungsorientierung im Curriculum verstärken?

Was heißt Handlungsorientierung? Ich kann mich da berufen auf unsere empirische Studie. Mit meiner wissenschaftlichen Mitarbeiterin Nora Pösl habe ich drei Jahre, von der Stiftung Mercator gefördert, zum Thema „Demokratie und Partizipationseinstellungen von geflüchteten und nicht geflüchteten Schülerinnen und Schülern mit und ohne Migrationshintergrund“ geforscht. Das E-Book liegt Ihnen vor. Wir haben drei unterschiedliche Personengruppen gehabt: geflüchtete Schüler*innen, nicht geflüchtete Schüler*innen mit und nicht geflüchtete Schüler*innen ohne Migrationshintergrund.

Die Entschlackung des Curriculums bedeutet beispielsweise, dass im aktuellen Unterricht Raum ist, um über aktuelle Themen zu sprechen. Ich war vor Kurzem eingeladen – Frau Weisband war auch dabei – zu einem Vortrag zum Thema „Antisemitismus an Schulen“. Viele Lehrkräfte haben mir berichtet: „Ich würde gerne mit Schüler*innen über den 07.10. sprechen, aber ich habe gar keine Zeit!“ Die haben gar keine Zeit, über aktuelle Problemlagen zu sprechen.

Deswegen gibt es zur Entschlackung des Curriculums keine Best-Practice-Beispiele. Da bin ich auch, ehrlich gesagt, ein Stück weit überfragt, weil das Neuland ist. Aber dieses Neuland sollten wir unbedingt betreten, damit wir endlich mehr Zeit haben, um Demokratiebildung durchzuführen. Es wäre gut, wenn die Landesregierung tatsächlich den Mut aufbringen würde, so eine Expertenkommission zu initiieren, damit wir Dinge, die vielleicht nicht mehr notwendiger Bestandteil des Curriculums sind, ausfindig machen und dafür die Handlungsorientierung stärken.

Wie schätze ich Selbstwirksamkeit ein? Wir haben knapp 500 Schüler*innen befragt. In unserer Studie konnten wir ermitteln: Diejenigen Schüler*innen, die eine positive Selbstwirksamkeitserfahrung in der Schule gemacht haben – sei es durch den Klassenrat, sei es durch eine SV, sei es durch Mitbestimmung der Themen, die thematisiert werden im Unterricht –, sind positiver eingestellt in Bezug auf das Grundgesetz und auch auf die Regierungsform der Demokratie. Also: Wie kann man zum Beispiel eine Petition

zu einem Thema, das den Schüler*innen wichtig ist, gemeinsam erstellen im Unterricht und dann auch einreichen?

Das zweite grundlegende Problem der Schule ist: Wie wollen Sie in einer hochgradig undemokratischen Institution wie der Schule den Schüler*innen demokratische Strukturen beibringen? Eigentlich haben wir jeden Tag eine sehr schwierige Aufgabe. Das Problem ist, das sind kleine Dominobausteine. Deswegen habe ich den Maßnahmenkatalog eingereicht. Jeder Punkt hat mit dem anderen zu tun.

Gerade – und da gehe ich auf die dritte Frage ein – wurde von den Expert*innen richtigerweise gesagt, es gibt einen großen Unterschied zwischen Hauptschulen und Gymnasien, beispielsweise. „Gleiche Bildungschancen für alle“ ist eine Utopie im deutschen Schulwesen.

Warum ist das so? Ich will einmal zwei Studien nebeneinander anführen. Die erste Studie ist von der Vodafone-Stiftung. Die Vodafone-Stiftung hat sich mal angeschaut, welche Schüler*innengruppen welcher Schulform Fake News eher glauben. Und die Vodafone-Stiftung konnte belegen, dass Hauptschüler*innen Fake News eher glauben als Gymnasiast*innen. Und an welcher Schulform wird Politik stärker fachfremd unterrichtet? An Hauptschulen. Das ist das Problem: fachfremder Unterricht.

Manchmal ist es so aufgrund des Lehrermangels, aber das war vorher auch schon so. Wenn Personen Zeitung lesen konnten, durften die Politikunterricht machen, böse gesprochen. Das ist das Problem. Wir brauchen grundständig Personen, die wirklich ausgebildet sind, sonst können wir Demokratiebildung nicht betreiben. Professor Hedtke aus Bielefeld konnte das in Bezug auf den fachfremden Unterricht nachweisen.

Also: Zeitlicher Mangel, das ist das Problem. Selbstwirksamkeitserfahrungen anbahnen in einer hochgradig undemokratischen Institution ist das andere Problem. Deswegen müssen wir Neuland begehen mit Expertinnenkommissionen, damit wir Schule anders gestalten. Denn so kommen wir nicht weiter.

Marina Weisband (politik-digital [per Video zugeschaltet]): Ich habe am Anfang einiges verpasst, aber die drei Fragen dankenswerterweise alle bekommen, falls keine persönlich extra an mich adressiert war.

Zur ersten Frage nach den Gedenkstätten: Politische Bildungsarbeit und demokratische Bildungsarbeit ist komplex. Etwas Komplexes besteht aus vielen Elementen. Es ist wichtig, sie zu zerlegen in Kernelemente und Facetten.

Die Arbeit der Gedenkstätten gehört zu den Facetten. Sie sind wahnsinnig wichtig. Sie sind durch nichts ersetzbar. Aber sie sind nicht hinreichend. Denn wenn der Kern eines demokratischen Selbstverständnisses nicht stimmt, dann können die Facetten oft nicht wirken.

Ich möchte ein Beispiel bringen. Für mich ist der Kern demokratischer Überzeugung: Ich bin wichtiges, unverzichtbares Mitglied der Gesellschaft, das verantwortlich ist für sich und andere. Ich bin Gestalter*in in meiner Gesellschaft. Wenn diese Grundüberzeugung nicht da ist, wenn ich mich zum Beispiel als Opfer meiner Gesellschaft fühle, wenn ich denke „die da oben machen doch eh, was sie wollen, und jetzt kommen die

Juden und erzählen uns ständig mit ihrer Schuld und labern uns die Ohren voll mit ihrer Schuld; dabei sind wir die eigentlichen Opfer“ – jemand mit dieser Grundeinstellung fährt in ein KZ. Welche Emotionen werden im Zuge dieses Besuchs aktiviert? Welche Lehren werden dabei gezogen?

Ich halte es für unabdingbar, dass wir uns bei demokratischer Bildungsarbeit nicht nur auf Facetten wie Institutionskunde, das Wählen-Gehen, den Besuch von Gedenkstätten – noch mal, den ich unverzichtbar finde; jede Klasse sollte das machen! –, aber wir sollten uns vor allem auf den Kern konzentrieren.

Das führt mich zu der zweiten Frage. Wenn der Kern von demokratischem Leben ein demokratisches Selbstverständnis ist, dann ist die Frage: Woher kommt das? Das wird im Alltag ausgebildet. Wie sehr wir das ausbilden, korreliert direkt mit den Beteiligungsmöglichkeiten in meinem Umfeld, das heißt: zuhause, in meiner Kommune und in meiner Schule. Und Schule ist der wichtigste Lebensort.

Auf die Lage zuhause, wieviel Selbstwirksamkeit die Schüler*innen da mitkriegen, haben wir aus der Politik keinerlei Einfluss, aber auf die Schule. Und da geht es um die Selbstwirksamkeit aller Schüler*innen, nicht nur der Schülervertretung, nicht nur der Klassensprecher. Wir können nicht zulassen, dass nur jeder 30. eine internalisierte Selbstwirksamkeitserwartung entwickelt. Für die Beteiligung aller Schüler*innen brauchen wir eine gesetzliche Grundlage.

In unserer Arbeit mit „aula“ ermöglichen wir zwar Schüler*innen möglichst viel Mitbestimmung, stoßen da aber an die gesetzlichen Grenzen, nämlich da, wo Schüler*innen Dinge überhaupt nicht bestimmen dürfen. Nicht zuletzt betrifft das auch einen Teil der Ausgestaltung des Curriculums. Wenig ist an Schule relevanter als das Curriculum, und wenn Sie sich fragen, wie entschlacken wir das sinnvoll?, dann ist gerade hier die Partizipation der Schüler*innen – nicht nur, natürlich brauchen wir die Expert*innen, aber auch eine Partizipation der Schüler*innen – unabdingbar, auch was die Hausordnung betrifft, was Zeiten betrifft, was die Regulation zwischen Pausen und Arbeitsphasen, auch die Länge der Arbeitsphasen betrifft.

Wir takten unseren Schulalltag durch im 45-Minuten-Takt. Das ist nicht demokratisch. Das ist nicht selbstwirksam. Das ist eine Anstalt, die autoritär von oben einen stetigen Takt vorgibt. Und das ist keine gute Vorbereitung auf eine Gesellschaft, in der wir Verantwortung für uns und andere tragen sollen. Das heißt, ich wünsche mir konkret eine gesetzliche Grundlage, die auch die UN-Kinderrechtsverordnung durchsetzt, dass Kinder ein Recht haben, über die Räume mitzubestimmen, in denen sie leben.

Zuletzt zu der Gerechtigkeitsfrage: Wir arbeiten mit „aula“ über alle Schultypen hinweg. Witzigerweise ist es nicht so, dass die Arbeit an Gymnasien am besten funktioniert. Gymnasien sind oft gerade die Schulformen, wo die Beteiligten mehr auf Hierarchie leben. Ich würde sagen, an den sogenannten Brennpunktschulen erreichen wir die tatsächlich größten Ergebnisse mit unserer Arbeit, auch, weil die Baseline dort oft niedriger ist. Und das liegt daran, dass wir Lehrenden dort begegnen, die den Schüler*innen wenig zutrauen. Die Gesellschaft traut den Schüler*innen dort wenig zu, oft trauen die Lehrenden ihnen wenig zu, sagen „wir sind schon zufrieden, wenn die in Klasse 10 lesen und schreiben können. Das ist schon okay.“

Und die Schüler nehmen das natürlich an. Das ist der Labeling-Effekt. Die nehmen sich so eine Rolle, so eine Erwartungshaltung an und leben sie dann. Sobald jemand ins System kommt, der wirklich an sie glaubt, der wirklich enthusiastisch ist und mit ihnen redet wie mit vernunftbegabten, rationalen Wesen, verhalten sie sich auch so. Und das ist etwas, das man auch politisch forcieren kann, einerseits durch demokratische Bildung der Lehrer*innen selbst, andererseits aber auch zum Beispiel durch die Gehaltsstruktur, die wir haben.

Es darf nicht sein, dass Schulen antiproportional zur Last ihrer Aufgabe Mittel bekommen. Gute, engagierte Lehrer*innen müssen gerade dorthin gelockt werden, wo wenig Prestige ist und wo viel aufgefangen werden muss, was im Haushalt vielleicht nicht stattfindet. Das ist einfach eine Finanzierungsfrage, wie wir motiviertes Lehrpersonal bekommen.

Und nicht nur Lehrpersonal: Ich kann mich nur wiederholen. Wir brauchen unbedingt andere Menschen in diesem System, die nicht Lehrer*innen sind und auch dafür die entsprechende Finanzierung, damit wir mehr Personal haben, das auch mal über Alltagsanliegen sprechen kann, das auch Persönlichkeitsentwicklung begleitet. Denn eine gesunde Demokratie wird nicht wachsen auf dem Rücken von Leuten, die sich nicht gehört fühlen, die sich unterdrückt fühlen, die mit psychischen Problemen alleingelassen werden. Diese Leute werden immer einen Rand der Gesellschaft bilden, für den wir uns dann irgendwelche Polizeimaßnahmen oder Strafmaßnahmen wünschen. Aber hier sitzen wir wirklich an der Stelle, wo wir dem vorbeugen können.

Zusammenfassend: eine Gesetzesgrundlage für Partizipation an Schule, die das auch fordert und einfordert, und andererseits eine stärkere Förderung von Nicht-Gymnasien.

Dr. Frank Greuel (Deutsches Jugendinstitut [per Video zugeschaltet]): Ich bin jetzt als Letzter dran. Es sind schon viele kluge und richtige Sachen gesagt worden, insofern kann ich das an vielen Stellen bekräftigen.

Vielleicht zur ersten Frage zur Rolle von Gedenkstätten in der Bildungsarbeit: Auch meiner Meinung nach sind sie ein ganz wichtiger Bestandteil politischer Bildungsarbeit, aber es sollte sich darin natürlich nicht erschöpfen. Es braucht mehr als Gedenkstättenfahrten. Diese Gedenkstättenfahrten als solche haben ein hohes Potenzial, bieten ein authentisches Erlebnis, können auch noch mal in einer besonderen emotionalen Wucht Wirksamkeit entfalten. Aber man sollte nicht außer Acht lassen, dass es eine adäquate pädagogische Aufarbeitung braucht, dass es Vorbereitung braucht, dass es Nachbereitung braucht. Auch das ist schon angesprochen worden.

Ich würde davor warnen – das passiert häufiger im politischen Diskurs, im öffentlichen Diskurs noch mehr –, diese Gedenkstättenfahrten als selbstwirksames Allheilmittel zu betrachten, irgendwas, wo man Menschen hinschickt, und danach gehen die wie nach einem Erweckungserlebnis wieder nach Hause. Ich fände es wichtig, im Bewusstsein zu haben, dass die Wirkung, die Resonanz, die sich da entfalten, in alle Richtungen möglich sind. Bei diesen Gedenkstättenbesuchen passieren häufiger auch Dinge, die auch überfordernd sind, wo emotional aufgefangen werden muss. Das muss alles

berücksichtigt werden. Das entsprechend pädagogisch aufzufangen, bedeutet einen besonderen Aufwand. Den sollte man immer mitdenken.

Das bringt mich zum zweiten Punkt, den Partizipationsmöglichkeiten. Ich würde unterstützen, dass diese Partizipationsmöglichkeiten, wenn sie an der Schule gegeben werden, sehr wirksam sein können, sehr viel tun können für demokratische Bildung, sehr viel tun können zur Förderung von Demokratie. Allerdings ist die Voraussetzung, dass es tatsächlich auch Partizipationsmöglichkeiten sind, die in Selbstwirksamkeit überführt werden.

Eindrücklich zu warnen ist zu glauben, dass Partizipation mal eben so nebenbei passieren kann. Partizipation ist etwas, was sehr aufwändig ist. Wenn man es wirklich ernst meint, dann bedeutet es einen gehörigen Aufwand. Dann müssen Lehrkräfte bereit sein, ein Stück weit ihre Macht abzugeben. Dann müssen Schulleitungen bereit sein, ein Stück weit ihre Macht abzugeben. Das Ganze muss mit Ressourcen unteretzt sein. Das ist nichts, was mal eben so nebenbei funktionieren kann.

Wenn diese Partizipationsmöglichkeiten nicht authentisch angelegt sind, dann besteht eine ganz große Gefahr, die Gefahr nämlich, dass das Ganze von den Schüler*innen ganz schnell als Scheinpartizipation abgetan wird. Und das sind dann wiederum Eindrücke und Erlebnisse, die Kinder und Jugendliche da machen, die sie eher von Demokratie wegbringen. Insofern: Partizipation ja, aber auch mit entsprechenden Ressourcen unteretzt.

Zum Punkt politische Bildungschancen über Schulformen hinweg – dazu ist nun wirklich schon alles gesagt worden. Es gibt keine gleichen Chancen. Ich würde auch dafür plädieren, da noch mal gründlich drüber nachzudenken, wie man sich dem Ideal von Chancengleichheit zumindest annähern kann. – Danke.

Vorsitzender Florian Braun: Wir danken Ihnen. – Damit eröffnen wir auch schon die zweite Runde. Den Beginn für die CDU-Fraktion macht der Kollege Grundwald.

Jonathan Grunwald (CDU): Auch von meiner Seite ein herzliches Dankeschön für Ihre Zeit, Ihre eingereichten Stellungnahmen und die Ausführungen. Ganz kurz rückblickend: Mit Interesse habe ich Ihre Ausführungen zur Absenkung der Altersgrenze auf 14 Jahre wahrgenommen, um weitere Schulformen, Schülerinnen und Schüler unter anderem von Haupt- und Realschulen für politische Bildungsangebote stärker zu erreichen, sicherlich nicht uninteressant im Kontext der Diskussion um die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre.

Ich würde gerne einen Blick auf das vorhandene Wissen junger Menschen richten und wäre an den Einschätzungen von Herrn Professor Dr. Blätte und Frau Dr. Hospes interessiert. Wie bewerten Sie das Verständnis junger Menschen für unsere demokratische Grundordnung und ihr Wissen über die Relevanz und Funktionsweise politischer Institutionen, insbesondere auch im Zeitverlauf? Wie hat sich das verändert über die Jahre?

Ina Besche-Krastl (GRÜNE): Auch von mir noch mal vielen Dank an alle Sachverständigen für die umfangreichen und informativen Stellungnahmen. Meine Frage richtet sich an Frau Professorin Dr. Bettina Zurstrassen mit der Bitte, auf die Notwendigkeit dieser curricularen Verankerung politisch-demokratischer Bildung einzugehen und vielleicht besonders mit dem Punkt, wie wir angehende Lehrkräfte am besten darauf vorbereiten können/sollen/möchten/müssen.

Franziska Müller-Rech (FDP): Ich möchte gern meine zweite Frage richten an Herrn Dr. Greuel und an Herrn Professor Blätte. Herr Professor, Sie hatten eben schon mal direkt zum Eingang Ihres Statements angedeutet, dass es wichtig ist, zum Beispiel auch dezentrale Gedenkstätten mit in den Blick zu nehmen. Ich möchte genau das Thema noch ein bisschen weiten mit Blick auf außerschulische Lernorte insgesamt und Sie beide fragen, inwiefern Sie eine Möglichkeit, aber auch die Notwendigkeit sehen, außerschulische Bildungsangebote stärker in den Schulalltag der Schülerinnen und Schüler zu integrieren.

Welche Best Practices fallen Ihnen da vielleicht aus anderen Bundesländern oder anderen Ländern ein? Herr Dr. Greuel, es würde uns besonders interessieren, was da das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ vielleicht auch für tolle Beispiele beinhaltet.

Silvia Gosewinkel (SPD): Im vorliegenden Antrag werden Forderungen formuliert, die aus bisherigen Landesmitteln finanziert werden sollen. Mich würde interessieren, von Prof. Fereidooni, Frau Weisband und Prof. Blätte, welche Ressourcen man bräuchte, und zwar sowohl finanzielle, personelle als auch zeitliche Ressourcen.

Vorsitzender Florian Braun: Vielen Dank. Dann würden wir erneut mit Frau Dr. Hospes starten mit der Frage der CDU.

Dr. Ulrike Hospes (Konrad-Adenauer-Stiftung): Die politischen Stiftungen insgesamt – das weicht in Nuancen ab – haben sich alle einen Vierklang gegeben: Informieren, Orientieren, Aktivieren und Vernetzen. Das ist der Fokus unserer politischen Bildungsarbeit.

Wir merken alle, dass wir beim ersten Punkt stehen bleiben, wenn wir mit Schülerinnen und Schülern arbeiten. Der Punkt Informieren ist essenziell und wird immer mehr in den Mittelpunkt unserer Seminare und Angebote gerückt, weil es das eine ist, Organigramme und Strukturen im Buch zu sehen. Das aber in politische Wirklichkeit umzumünzen, ist natürlich etwas vollständig anderes. Deswegen legen die Stiftungen sehr viel Wert darauf, politische Begegnungsmöglichkeiten zu schaffen.

Wir können in den Schulen vorbereitend mit Planspielen anfangen und den Schülerinnen und Schülern das gemeinsame Diskutieren, das Aushandeln, das Kompromisse-Finden beibringen, wenn man beispielsweise ein Kommunalparlament oder eine Rats-sitzung nachstellt oder auch bei Europaplanspielen über gewisse europapolitische Themen diskutiert. Dann hat man schon mal ein Gefühl dafür, dass die eigene Meinung nicht das alleinige Allheilmittel ist, sondern man sich mit anderen ins Benehmen

setzen und zu Kompromissen kommen muss. Wenn man diese Grundlage geschaffen hat, kann man gut mit den typischen Institutionenbesuchen weitermachen, weil wir immer versuchen zu vermitteln, dass es verschiedene Verantwortungsbereiche in diesem Land gibt, dass aber immer Menschen dahinterstehen.

Das ist, glaube ich, das, was wir unseren Schülerinnen und Schülern ganz deutlich vermitteln müssen: Es sind keine Organigramme oder Kästchen, die hier irgendwelche politischen Entscheidungen treffen, sondern man hat mit Menschen zu tun. Und da muss man in den Austausch treten. Über diese persönlichen Begegnungen verstehen die jungen Menschen am besten, dass sich Leute Gedanken machen. Und dann ist man weg von „die da oben und wir hier unten“. Dann ist man auf einmal in einem Austausch. Es kommt nicht selten vor, dass zum Beispiel Abgeordnete auch bei den Schülerinnen und Schülern nachfragen: „Wo drückt der Schuh? Welchen Lösungsansatz habt ihr? Welchen Weg soll ich hier und da mitverfolgen?“ – Es muss ja nicht nur diese Zielgruppe sein, es kann genauso gut bei Bundeswehrseminaren oder wirtschaftspolitischen Unternehmensbesuchen passieren. Überall werden solche Ansätze eingesammelt. Und dann entstehen Brücken, und man merkt auf einmal, dass man gemeinsam Fragen diskutieren kann und sich Lösungen annähern kann.

Um das alles zu verstehen, ist es wichtig – auch, wenn das in dem Antrag und auch in verschiedenen Stellungnahmen als „trockene Institutionenlehre“ gebrandmarkt wurde –, dieses Thema und diese Strukturen zu verstehen. Wenn ich was am Fußballplatz ändern will, dann wende ich mich an die Kommune. Wenn ich aber was am Wahlrecht ändern will, dann wende ich mich an den Landtag oder Bundestag. Dann muss ich an andere Ausschüsse herantreten oder andere Abgeordnete fragen, wo ich meine Initiative unterbringen kann.

Diese Zusammenhänge zu verstehen, ist in den Hintergrund getreten, weil viel in der politischen Bildungsarbeit darauf abzielte – so wichtig es ist, junge Leute selbstwirksam zu machen und zu ermächtigen –, ihre eigenen Entscheidungen durchzusetzen. Das funktioniert halt nur, wenn sie die Strukturen, in denen sie leben, verstehen. Deswegen setzen wir da an. Und dann können Sie weitergehen. Dann geht es weiter mit Informieren, Orientieren, Aktivieren und Vernetzen. Bestenfalls sind es dann, nach Diskussionen in der Schule und außerhalb der Schule, engagierte Mitglieder der Gesellschaft, die genau wissen, wie sie für ihre Ziele eintreten können, wie sie das Gemeinwohl im Blick behalten. Aber so klein und so sachlich fängt es halt erst mal an.

Sie können sich sicher sein, in der politischen Bildung existieren sehr viele interaktive, pädagogische Elemente, die das nicht als trockenes Beibringen darstellen, sondern den Schülerinnen und Schülern sehr schnell Verantwortung übertragen und – es sind ja auch immer gewisse Klassengrößen, die da bespielt werden müssen – versuchen, Dinge so zu gestalten, dass sich keiner in seine stille Ecke zurückzieht, sondern auf jeden Fall mit dabei ist.

Ein bisschen klang noch an „Wahlalter 16 Jahre“. Es wird hier im Land auch diskutiert. Wenn wir das machen, das wird ja auf verschiedenen Ebenen gerade gemacht, zuletzt bei der Europawahl, dann sehen wir, wie wichtig es ist, die jungen Menschen darauf vorzubereiten. Das Stichwort „Medienkompetenz“ fiel schon. Wenn man sich nur über TikTok informiert und dann ein politisches Meinungsbild haben will, dann wird es halt

schräg. Mit unseren Digitalakademie-Seminaren und Medienkompetenzseminaren lernen die Schülerinnen und Schüler die Möglichkeiten, aber auch die Fallstricke der sozialen Medien kennen, sie lernen aber auch erst mal den öffentlich-rechtlichen Rundfunk kennen. Er gehört auch zum Institutionengefüge dieser Republik. Wichtig ist zu wissen: Was ist denn eigentlich ordentlicher Journalismus? Wie wird denn recherchiert, was heißt denn Quellenkritik? Wem kann ich bei welchem Artikel am ehesten vertrauen? – Also mal hinter die Kulisse zu blicken und zu schauen: Von wem bekomme ich denn gerade welche Nachricht?

Das kann man aber auch nicht von einem Tag auf den anderen lernen. Insofern sind wir immer etwas unglücklich, wenn wir die Anfragen von Schulen abweisen müssen, die teilweise schon mit 12-jährigen, aber erst recht mit 14-jährigen in diesem Bereich Medienkompetenz arbeiten wollen. Ich würde so früh anfangen, weil dann schon relativ früh Nachrichten anders verstanden werden können und Institutionen anders bewertet werden.

Vorsitzender Florian Braun: Ich schlage vor, wir wechseln dann einmal zu Professor Blätte im Sachzusammenhang mit der Frage „Verständnis Grundordnung“, aber auch mit den Fragen von SPD und FDP nach Lernorten und Ressourcen.

Prof. Dr. Andreas Blätte (Universität Duisburg-Essen, Institut für Politikwissenschaft): Entschuldigen Sie, wenn ich was ganz Anekdotisches vorausschicke. Gestern in einer Lehrveranstaltung funktionierte der Beamer nicht, und ich habe einfach mal die Studierenden gefragt: Woher kommt denn der ganze Hass? – Eine Allerweltsfrage, aber was sich in der Diskussion zeigte: Jeder hatte diese TikTok-Dinge von Krah gesehen, wo Lebensberatung, „wie kriege ich eine Freundin?“ usw. angeboten wird. Und die fanden es alle unterhaltsam, und die meisten sind wirklich gefestigt demokratisch, das nur zur Medienkompetenz als anekdotischer Eindruck.

Politisches Wissen: Wir unterscheiden in der Untersuchung und auch ansonsten zwischen Demokratie als Lebensform und Demokratie als politische Ordnung. Letzteres betrifft dann einfach die Institutionenkunde, dass man weiß, wie die föderale Ordnung funktioniert, wie die Gewaltenteilung aufgestellt ist, was welche Institution darf, wie Entstehungsprozesse von Gesetzen sind.

Demgegenüber steht die Verinnerlichung von Prozessen der Argumentation, der politischen Bildung, dass ich die Meinung eines anderen akzeptiere, dass ich die pluralistische; also die Vielfalt innerhalb der Gesellschaft akzeptiere. Beides gehört zueinander und macht unterschiedliche Facetten des politischen Wissens aus.

Insgesamt stellt man fest: Je höher der Bildungsabschluss, desto höher das politische Wissen. Aber wir wissen auch aus qualitativen Befragungen zu Nichtwahlprojekten, dass man bei denjenigen, die politikfern sind, in echte Abgründe schaut, was das politische Wissen angeht. Das können auch Personen mit hohen Bildungsabschlüssen sein. Aber dass nichts da ist, dass man nicht weiß, was ein Bürgermeister darf, was der Landtag überhaupt ist – da ist zum Teil nichts.

Mindestens so wichtig wie das ist allerdings, Grundregeln der pluralen Demokratie verinnerlicht zu haben, die Vielfalt zu akzeptieren und Konflikte mit der Argumentation auszutragen. Insofern sollte keine Engführung erfolgen auf die bloße Vermittlung von Institutionenkunde. Ich glaube, das ist Stand der Erkenntnisse in der Didaktik. Deswegen sind erfahrungsbasierte Lernformen von großer Bedeutung, weil genau auf diesem Wege Demokratie als Lebensform verinnerlicht und nicht bloß von außen vorgebetet wird.

Deswegen, damit komme ich zu der Frage seitens der FDP, sind auch die außerschulischen Lernorte von großer Bedeutung, weil genau dort dieses demokratierelevante Wissen, die demokratierelevante Erfahrung gewonnen werden kann. Wir sollten auch nicht alles der Schule aufbürden. Selbstwirksamkeit wird an vielen Orten in der Gesellschaft erworben. Vereine sind von ungeheurer Bedeutung. Was man dort an Selbstwirksamkeit aufbaut, kann vieles kompensieren, was die Bildungseinrichtungen nicht an Ressourcen mitgeben. Vereine und der ganze außerschulische Raum sind wichtig dafür.

Aber es muss auch manches reflektiert werden mit den Mitteln, die Schule hat. Es ist sehr richtig, in die Richtung zu schauen, wie man Kräfte bündeln kann, wie man gesellschaftliche Initiativen in den schulischen Raum hineinbringen kann. Projektwochen sind ein wichtiges Instrument hierfür, wo Schulen mit zivilgesellschaftlichen Akteuren zusammenarbeiten. Dafür müssen aber auch die Freiräume geschaffen werden, dass die Curricula genau dies ermöglichen.

Die Frage nach den Ressourcen: Jetzt bin ich ein Zeitungsleser. Die Zeitungslektüre hält mich von Fantasien ab, dass da große Ressourcenaufwüchse möglich wären. Aber es ist wahrscheinlich ein ständiges Thema hier im Ausschuss, dass es zu viel Ausfall von Lehrstunden gibt, die Fehlstunden und all das, dass man hier zu wenig stark aufgestellt ist, dass es einen Lehrer*innenmangel gibt, dass man hier besser aufgestellt sein muss. Das geht sehr oft zulasten der Fächer der politischen Bildung. Hier hat man sehr oft eine Prioritätensetzung, die zulasten der politischen Bildung läuft, weil Unterricht fachfremd gegeben wird, weil man diese Kombinationsformate mit anderen Fächern hat.

Und: Politik zu erklären und zu vermitteln, ist ja kein bisschen leichter geworden. Die Herausforderungen für die Demokratie sind größer geworden durch den russischen Angriffskrieg, durch die schwierige ökonomische Situation und nach dem 7. Oktober des vergangenen Jahres allzumal. Welcher Lehrer ist gut aufgestellt, um in einem diversen Klassenzimmer in eine Diskussion hineinzugehen, wie der terroristische Angriff der Hamas und die Reaktionen darauf eingeordnet werden können?

Dafür müssen Lehrer*innen Freiräume haben. Dafür müssen sie ausgebildet sein. Deswegen ist es vor allem in unserer Wahrnehmung eine Frage der Prioritätensetzung, dass politische Bildung früher ansetzen muss und nicht fachfremd unterrichtet werden sollte, weil zu viel auf dem Spiel steht.

Dr. Frank Greuel (Deutsches Jugendinstitut [per Video zugeschaltet]): Ich würde auf die Frage nach dem Zusammenspiel von außerschulischen Bildungsträgern und schulischen Institutionen antworten. Ich denke, diese Zusammenarbeit hat ein ganz

großes Potenzial, weil von beiden Seiten etwas mitgebracht wird, was für politische Bildung auch wertvoll ist.

Aber beide Seiten kommen natürlich auch aus unterschiedlichen Ecken. Wir haben da die Schule, die erst mal vom Leistungsgedanken getragen ist, in der die Selektionsfunktion eine wesentliche ist, in der Hierarchie auch ein entscheidendes Merkmal ist. Und wir haben die außerschulischen Bildungsträger, die eher in Richtung Jugendhilfe verfasst sind, wo es um Unterstützung, um Partizipation und Kommunikation auf Augenhöhe geht. Insofern gibt es da bestimmte Systemlogiken, die nicht ganz so gut zueinander passen oder die erst moderiert werden müssen.

Die außerschulischen Träger an die Schule zu Projekttagen und Projektwochen zu lassen, das ist schon eine gute Sache. Auf jeden Fall. Wir sehen aber, dass das an manchen Stellen eher so etwas wie ein Satellitendasein ist. Dann kommen Projekte einen Tag an die Schule, reißen dort ihr Programm runter, und danach reisen sie wieder ab, und es gibt keine Entsprechung. Inhalte werden auch nicht immer aufgenommen. Das ist bedauerlich.

Deswegen begrüßen wir es immer sehr, wenn es Versuche gibt, das Ganze systematischer miteinander zu verzahnen. Man sieht häufiger beispielsweise in Ganztagsangeboten, dass da grundsätzlich überhaupt das Potenzial da ist, dass außerschulische Träger längere Zeit an den schulischen Institutionen sind als nur ein paar Stunden, ein paar Tage oder eine Woche. Das lohnt sich auf jeden Fall.

Auch das ist wie vieles eine Ressourcenfrage. Es ist eine Erkenntnis, dass so etwas am besten gelingt, wenn es durch intensivere Formen einer Organisationsentwicklung begleitet ist. Denn ansonsten hat man im Verhältnis von Schule und außerschulischen Trägern schnell eine Hierarchie drin. Die Projektträger kommen dann von außen an die Schule, und es gelten natürlich die Regeln der Schule, und sie haben sich denen unterzuordnen. Das ist dann mitunter ein sehr schwieriges Geschäft, auch für die Projektträger, die zum Beispiel intensiv vermitteln müssen, dass jetzt an der Schule ein pädagogisches Angebot stattfindet, das aber frei ist von Leistungszwängen, ein Angebot, bei dem sich Jugendliche frei äußern können, ohne Sorge haben zu müssen, bewertet zu werden. Allein diesen Rahmen herzustellen, ist schon eine ernsthafte Herausforderung.

Insofern empfiehlt es sich, nicht nur darüber nachzudenken, vermehrt außerschulische Träger an die Schulen zu holen – was an sich begrüßenswert ist –, sondern im Idealfall sollte das um Fragen ergänzt werden, wie systematischer außerschulische Bildungsträger und schulische Institutionen gut miteinander und auf Augenhöhe ins Geschäft kommen können. Ganztage, wie gesagt, wäre eine Chance, das zu intensivieren.

Marina Weisband (politik-digital [per Video zugeschaltet]): Ich spreche als Trägerin außerschulischer politischer Bildung. Wenn ich ganz frei träumen dürfte, dann wäre natürlich einer meiner großen Träume – finanziell –, dass ich die Arbeit meiner Mitarbeiter*innen länger als zwei Jahre planen könnte. Ich hatte das Problem der Projektitis erwähnt. Ich glaube, das ist allen Trägern bekannt.

Ich weiß, dass das auch institutionell schwer umzusetzen ist. Deswegen versuche ich es ein bisschen realistischer: Personell ist politische Bildung im besten Fall in der Schule auch Organisationsentwicklung. Was wir letztlich in unserer Arbeit machen, ist nichts anderes als die Veränderung der Schulkultur hin zu einer demokratischeren Kultur. Das ist präzise das, was wir brauchen, damit Dinge wie Institutionskunde, Besuch von Gedenkstätten, wie Toleranzsensibilisierung auch fruchten und auf einen fruchtbaren Boden fallen, auf eine Grundhaltung, die im Selbstverständnis bereit ist, diese Dinge anzunehmen.

Das erfordert personelle Begleitung. Wir haben zum Glück in Nordrhein-Westfalen viele Akteure, die das herstellen können. Zum Beispiel arbeiten wir bei „aula“ erfolgreich zusammen mit den Demokratielotsen, wir arbeiten erfolgreich zusammen mit den systemischen Berater*innen Extremismusprävention. Uns würde massiv helfen – und das kostet dann auch fast nichts –, wenn wir als außerschulischer Träger stärker institutionell angebunden wären. Das heißt, wenn es uns leichter fiele, die Akteure zu finden, die sowieso schon dafür bezahlt werden, an die Schulen zu gehen, damit wir die ausbilden können, wir denen die Materialien einfach in die Hand geben können und mit den Koffern losschicken an die Schulen. Das sind dann regionale Betreuer*innen, die über eine längere Zeit verfügbar sind, die als Ansprechpartner*innen da sind. Das ist eigentlich das, was – wie jede Projekterfahrung zeigt – für den größten Erfolg dieser Projekte sorgt.

Andersrum sollten die Schulen es leicht haben, uns als Projekt zu finden. Schulen richten sich meistens an die Bildungsministerien, gucken immer: Was kommt von der Seite, was ist auf Qualität geprüft? Hier bräuchten wir als Ressource so eine Art Handreichungen für Schulen, in denen wir auch auftauchen würden, dass man sagt: Okay, das ist mit Datenschutz kompatibel. Das ist juristisch einwandfrei, da wurde die Wirkung bestätigt. Wir wissen: Das ist ein gutes Projekt, das lohnt sich für die Schule.

Damit dieser Akquiseprozess – welche Schulen wollen überhaupt an dem Projekt teilhaben? – nicht so unfassbar kompliziert ist - im Moment betreiben wir den mehr oder weniger privat, die Schulen betreiben den mehr oder weniger privat und es ist so ein bisschen kompliziert, zueinander zu finden -, ist die wichtigste zeitliche Ressource, die ich mir wünsche, an den Schulen selbst: Es ist eine Entschlackung des Curriculums und eine Reduzierung der Prüfungen. Ich werde in diesem Haus noch einmal wiederholen, dass Prüfungen nachgewiesenermaßen nicht das messen, was wir wollen. Sie messen nicht den Lehrerfolg. Der Lernerfolg wird nicht gemessen. Das heißt, diese stetige Vorbereitung alle sechs Wochen – „wir müssen eine Klassenarbeit schreiben!“ – sitzt als Druck völlig unnötig den Lehrenden und den Lernenden im Nacken und verhindert ein freies Engagement miteinander, ein Angucken: Was sind meine Bedürfnisse? Was sind die Bedürfnisse meines Nächsten? Dafür müssen wir dringend Raum schaffen an Schulen.

Prof. Dr. Karim Fereidooni (Ruhr Universität Bochum, Fakultät für Sozialwissenschaft [per Video zugeschaltet]): Ich fange mal mit einer Sache an, die gar kein Geld, gar keine Zeit und gar keine personellen Ressourcen kostet. Das ist auch der wichtigste Punkt, deswegen steht er auch unter Nummer 1 bei mir im Maßnahmenkatalog: Das Lehrerausbildungsgesetz insofern erweitern, dass Themen wie Antisemitismus,

Rassismus, Sexismus, Heteronormativität reingeschrieben werden. Sie sollten das unbedingt reinschreiben. Sie sollten das LABG erweitern, um uns als Fachdidaktiker*innen und Bildungswissenschaftler*innen zu zwingen, uns mit den angehenden Lehrer*innen über ungleichheitsrelevante Themen, aber auch in Bezug auf Demokratiebildung auseinanderzusetzen.

Sie sollen uns zwingen, und zwar nicht nur im Fach Politik oder Geschichte. Demokratiekompetenz ist ein überfachliches Konzept. Auch im Fach Physik und Mathematik, Sport und Musik kann man demokratische Grundstrukturen anbahnen. Das ist der wichtigste Punkt. Der kostet gar kein Geld. Es ist nur der politische Wille, der dafür notwendig ist, das LABG zu erweitern.

Und einige Sachen, die Geld kosten – Fortbildungsbudgets an Schulen – erhöhen, damit Personen, die keine grundständige Ausbildung haben in der Thematisierung von Ungleichheitsstrukturen tatsächlich die Chance bekommen, von externen Partner*innen zu lernen, was wichtig ist. Also: Fortbildungsbudgets an Schulen erhöhen. Finanzieren Sie Demokratietage, die an Zentren für schulpraktische Lehrer*innenbildung durchgeführt werden, also in der zweiten Phase der Lehrer*innenausbildung! Diese Demokratietage sollten finanziell auf breitere Füße gestellt werden.

Ich stelle mir als Drittes ein Zusatzzertifikat vor. Ich weiß, man kann über Zusatzzertifikate reden und die schlechtreden. Ich finde das Zusatzzertifikat trotzdem okay. „Umgang mit Demokratiefeindlichkeit“ könnte man das nennen, Zusatzzertifikat, erste Phase der Lehrer*innenbildung an Universitäten. Und alle Lehramtsstudierenden sind angesprochen, daran teilzunehmen.

Damit diese Zertifikate aus unterschiedlichen Modulen bestehen, müssen sie aber finanziell von der Landesregierung gestärkt werden, um externe Partner*innen einzukaufen, um solche Module entwickeln zu können, damit externe Partner*innen das mit den angehenden Lehrer*innen durchführen. Also zum Beispiel: Was heißt Adulthood? Was hat Bildungsungleichheit mit Klassismus zu tun? Das könnten solche Module sein. Dafür brauchen wir ein Zusatzzertifikat „Umgang mit Demokratiefeindlichkeit“.

Der dritte und letzte Punkt: Die Landesregierung sollte sich unbedingt dafür einsetzen, dass ein Sondervermögen für die Bildung von der Bundesregierung etabliert wird. Analog zum Sondervermögen für die Verteidigung, für die Bundeswehr brauchen wir ein Sondervermögen für die Bildung, und zwar nicht, damit neue Schulen gebaut werden, sondern damit die Kooperation mit schulischer und außerschulischer politischer Bildung zum Beispiel angebahnt wird. Das sind die drei wichtigsten Punkte.

Vorsitzender Florian Braun: Dann kommen wir noch mal zurück zu Frau Professorin Zurstrassen zur Frage curricularer Veränderungen und der Vorbereitung der Lehrkräfte.

Prof.'in Dr. Bettina Zurstrassen (Universität Bielefeld, Fakultät für Soziologie): Zunächst einmal: Gleiche politische Bildungschancen sind für mich keine Utopie, sondern ein demokratischer Anspruch. Das ist ganz zentral für mich. Dort, wo Elternhäuser das nicht leisten oder nicht leisten können, ist vor allem auch Schule gefragt. Nicht nur die Schule, auch viele Vereine leisten da hervorragende Arbeit.

Nun ist es so: Schule ist gefragt. Wenn wir auf die curriculare Entwicklung der letzten zehn Jahre schauen, müssen wir feststellen, dass der Anteil für politische Bildung in den Kombinationsfächern oder auch vor allem für gesellschaftliche Themen gesunken ist. Das heißt, die Lernzeit für die Auseinandersetzung mit politischen Themen ist deutlich geringer geworden. Das ist zunächst einmal festzustellen.

Das Zweite ist, dass die Bildungschancen auch curricular ungleich sind. Schülerinnen und Schüler, die das Gymnasium besuchen, haben mehr Möglichkeiten des politischen Lernens als Schülerinnen und Schüler, die eine Hauptschule besuchen, weil dort beispielsweise der Bereich der ökonomischen Bildung mittlerweile sehr dominant ist, die Berufsorientierung, die Arbeitsweltorientierung.

Das Dritte: Mit Blick auf die Curricula haben wir die Problematik, dass teilweise die Verbindlichkeit fehlt. Beispielsweise im Bereich des Sachunterrichts, also im Grundschulbereich, haben wir mittlerweile festgestellt – und das ist nicht nur das, was ich episodisch bei meinen Studierenden erlebe, sondern mittlerweile auch empirisch gut fundiert werden kann –, dass der Bereich Politik – es gibt im Sachunterricht verschiedene Perspektiven: Sozialwissenschaften, Geschichte, Physik, Chemie usw. – kaum noch vorkommt. Das heißt, die Lehrkräfte meiden dieses Thema, weil sie sich nicht ausreichend qualifiziert fühlen und weil sie auch Unsicherheiten haben. Da müssen wir einerseits in den Curricula Verbindlichkeiten stärker vornehmen, dass sich Lehrkräfte auch angesprochen fühlen. Wir müssen die Lehrkräfte besser qualifizieren, dass sie in die Lage versetzt werden, auch gesellschaftlich kontroverse Themen im Unterricht thematisieren zu können.

Das, was ich als Rückmeldung von Studierenden im Grundschulbereich bekomme, ist erschütternd: massive antisemitische Beleidigungen, rassistische Beleidigungen, selbst im Grundschulbereich. Das bereitet mir große Sorgen. Wir müssen dagegen aktiv in Schule vorgehen und Lehrkräfte qualifizieren.

Der Kollege Karim Fereidooni hat es bereits angesprochen: Ja, wir müssen verpflichtend in der Lehrerbildung dafür sorgen, dass alle Lehrkräfte auch ein Modul „politische Bildung“ oder „Partizipationsbefähigung“ oder „Demokratie lernen“, wie man das auch ausdrücken möchte, besuchen müssen. Denn wir müssen sie einerseits sensibilisieren, wir müssen sie auch befähigen und stärken. Das ist ganz zentral.

Es ist für viele Lehrkräfte eine große Aufgabe, wenn sie mit antisemitischen, rassistischen, geschlechtlichen Diskriminierungen usw. konfrontiert sind, da Stellung zu beziehen. Das ist, denkt man immer, selbstverständlich, aber es ist auch mutig für manche Lehrkräfte, weil sie auch erheblichen Druck erfahren durch Eltern, Schulleitungen usw. usf.. Wichtig wäre: In der Lehrerbildung muss für alle Studiengänge politische Bildung oder Demokratie lernen verankert werden.

Mir ist weiter wichtig: Es wird häufig ein bisschen separat gedacht, Demokratie lernen und Institutionen lernen. Das muss man integrativ denken. Ich kann das nur, indem ich mich zum Beispiel frage: Wieso werden welche Gesetze gemacht, die mich selber betreffen? Dann bin ich inhaltlich beim Thema. Aber ich beschäftige mich auch mit den Institutionen, wie sie beispielsweise jetzt funktionieren.

Das wäre mir wichtig – Ähnliches auch im Berufskolleg, wo ich einen Forschungsschwerpunkt habe. Da müssen wir auch in der Lehrerbildung dafür sorgen, dass das Fach Politisches Lernen in der Lehrkräftebildung stärker verankert wird, als das bisher der Fall ist.

Vorsitzender Florian Braun: Vielen Dank. Wir kehren zurück zum Kreis der Abgeordneten. Wer hat eine weitere Frage? – Frau Kollegin Schlottmann.

Claudia Schlottmann (CDU): Ich habe eine Frage an die beiden Vertreter vom LSV mit Bezug auf ihre Stellungnahme. Welche innovativen Maßnahmen wären aus Ihrer Schülersicht sinnvoll, um die Demokratiebildung bei Schülerinnen und Schülern zu stärken?

Gönül Eğlence (GRÜNE): Ich will noch mal kurz zurückkommen auf die erste Runde, in der darauf hingewiesen wurde, dass in den unterschiedlichen Schulformen auch unterschiedliche Angebote sind. In der Stellungnahme der Uni Bielefeld wird darauf hingewiesen, dass die Auseinandersetzung mit Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in den Schulen gewünscht wird. Gleichzeitig stellt der Demokratiebericht fest, dass gerade Menschen mit Migrationsgeschichte ein hohes Interesse an politischen Themen haben, aber – genauso wie Menschen aus Haushalten mit geringem Einkommen – wenig Zugang dazu haben.

Wie müssen wir denn politische Demokratiebildung auch als Einwanderungsgesellschaft mit definieren?, weil Besuche von Erinnerungsstätten usw. – das hatten wir vorher ja schon – „deutscher Habitus“ ist, damit Kinder und Jugendliche sozusagen emotional gepackt werden. Aber in einer Einwanderungsgesellschaft kann die, der eine oder andere Schüler*in unter Umständen nicht so emotional gepackt werden. Das frage ich die Uni Bochum, Bielefeld und gerne auch Frau Weisband, wenn sie dazu noch etwas sagen möchte.

Franziska Müller-Rech (FDP): Meine dritte Frage möchte ich an die Damen und Herren Professoren richten, also Professor Fereidooni, Professor Blätte und Frau Professorin Zurstrassen.

Wir haben in den vergangenen Wochen und Monaten bei der Bewältigung der zahlreichen Krisen und auch deren Thematisierung im Unterricht sehr oft von Unsicherheiten der Lehrkräfte in Bezug auf den Beutelsbacher Konsens gehört. Wir im Ausschuss haben da, glaube ich, eine starke Haltung zu. Aber wir nehmen natürlich diese Unsicherheiten von Lehrkräften zur Kenntnis. Da braucht es auch Klarheit.

Mich würde Ihre Haltung dazu interessieren, wie wir den Schutz bei der Vermittlung und der Verteidigung demokratischer Werte und Strukturen im Einklang mit dem Beutelsbacher Konsens hinkriegen, wie wir die Lehrkräfte dahingehend bestärken können. Wo sehen Sie dort Knackpunkte, wo müssen wir nachsteuern?

Silvia Gosewinkel (SPD): Meine nächste Frage geht an Professor Fereidooni und Frau Professorin Zurstrassen. Welche Rolle können Eltern und auch Familien einnehmen,

um die Demokratieförderung zu unterstützen? Wie können sie noch besser eingebunden werden, zum Beispiel im Kontext vom offenen Ganztage oder auch Familiengrundschulzentren?

Elias Bala (Landeschüler*innenvertretung NRW): In erster Linie ist es die Aufgabe der Politik, Maßnahmen zu erarbeiten, wobei wir als Landeschüler*innenvertretung, als Interessensvertretung bewerten und beraten können. Das tue ich jetzt gern an dieser Stelle. Wir haben an verschiedenen Teilen der Stellungnahme, denke ich, ganz gute Hinweise gegeben.

Zum einen ist festzustellen, dass die Schüler*innen tatsächlich einen Benefit der Demokratie erleben müssen, was auf massive soziale Ungleichheiten anspielt. Wenn Menschen aufgrund von Armut gar nicht an der Demokratie teilnehmen können, dann ist auch die Frage von Bildung eine, die gar nicht mehr gestellt werden muss.

Kommen wir aber auf einen Aspekt der Devolution demokratischer Systeme zu sprechen, den der epistemischen Ungleichheiten, worauf die Schule tatsächlich einwirken kann. Hier ist wichtig, im Unterricht und in Projekten zu thematisieren, wie das demokratische System funktioniert.

Ich gehe gern noch darauf ein, was in unserer Stellungnahme auch steht, dass viele Menschen in Deutschland gar nicht richtig lesen und schreiben können und somit die Partizipation an vielen demokratischen Prozessen gar nicht möglich ist. Da geht es unserer Auffassung nach darum, a) Menschen überhaupt die Möglichkeit der Partizipation an Demokratie zu geben und b) zu vermitteln, wie Demokratie funktioniert.

Ich glaube, da geht es gar nicht immer darum, groß neu anzufangen, sondern vieles, was es gibt, interessanter zu gestalten, was vielleicht auch Lebensrealitäten und – jetzt wurde das mehrmals schon gesagt – tatsächliche Ereignisse umfasst, die geschehen sind, sei es der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine oder sei es das Massaker vom 7. Oktober. Dies sollte im Unterricht besprochen, diskutiert werden. Das geschieht viel zu selten. Es gibt eine Untersuchung dazu, dass in der Woche ca. 20 Minuten aktuelle politische Themen im Unterricht behandelt werden. Das ist einfach zu wenig.

Prof.'in Dr. Bettina Zurstrassen (Universität Bielefeld, Fakultät für Soziologie): Ich starte mit der Frage zum Beutelsbacher Konsens. Der ist falsch ausgelegt, wenn man ihn als Neutralitätsgebot auslegt, sondern es ist ganz selbstverständlich: Dort, wo gegen Grund- und Menschenrechte verstoßen wird, muss eine Lehrkraft oder ein politischer Bildner/Bildnerin ganz klar Position beziehen.

Das ist auch das, was wir in der Lehrerbildung den Lehrkräften deutlich machen müssen. Es ermutigt sie auch, wenn sie deutlich wissen, dass sie natürlich das Recht haben, wenn eine antisemitische Äußerung fällt, dagegen Stellung zu nehmen und zu intervenieren. Dass das auf unterschiedlichen Wegen geschehen kann, das wissen wir alle. Lehrkräfte müssen im Rahmen des Studiums befähigt werden, dass sie hierauf auch sachgerecht – in Führungszeichen – eingehen können.

Zu politisch-demokratischer Bildung, wie das umgesetzt werden kann: Es ist schon mehrfach geäußert worden: Es bedarf Zeit. Das ist sicherlich ein zentraler Punkt. Nichts-

destotrotz, auch wenn wenig Zeit ist, kann man dennoch vieles umsetzen. Beispielsweise gibt es schon einiges an Methoden, die wir im Unterricht – also spezifisch in der politischen oder ökonomischen Bildung – umsetzen können, aber auch in den Schulen insgesamt, wo wir bestimmte Möglichkeiten von politischer Partizipation eröffnen.

Wenn es um die Fragen von Methoden geht, wie man das umsetzen kann: Da haben wir keinen Mangel. Es gibt eine erhebliche Anzahl an Lehrmethoden oder Umsetzungsmethoden, mit denen das möglich ist, die in Teilen auch empirisch recht positive Wirkung zeigen. Das ist nicht die Problematik. Wir müssen in Schulen deutlicher machen, dass sie in der Verantwortung stehen, diese Aufgabe zu leisten – nicht nur im Politikunterricht, sondern dass alle Lehrkräfte da in einer Verpflichtung stehen.

In der dritten Frage geht es darum, welche Rolle die Eltern spielen. Ausgehend von der politischen Sozialisationsforschung wissen wir, dass die frühe Kindheit eine der zentralen Phasen politischer Sozialisation ist. Deswegen hat die Familie insgesamt einen großen Einfluss darauf, wie Kinder sich politische Welt erschließen und welche Einstellungen sie gewinnen. Wir haben in der Schule manchmal die Aufgabe, dass wir – in Führungszeichen – „gegen“ die politischen Einstellungen mancher Eltern politisch bilden müssen. Das ist einfach die Herausforderung, der sich die Schule stellen muss. Nichtsdestotrotz wäre es sehr hilfreich und sinnvoll, Eltern viel stärker in Schule mit einzubinden, beispielsweise über Stadtteilarbeit, über Projekte. Da wären ganz viele Möglichkeiten, wo wir den Eltern selber auch Möglichkeiten eröffnen können, sich politisch als selbstwirksam zu erfahren.

Wir haben im Moment viele Menschen hier, die nicht in einem demokratischen System groß geworden sind. Für die ist es ganz zentral, Demokratie zu erleben, auch als jemand, der wirklich politisch handeln kann und Selbstwirksamkeit erfahren kann, damit wir nicht die Situation haben: Die Schülerinnen und Schüler lernen morgens Demokratie, nachmittags sind sie stark mit autoritären Strukturen konfrontiert. Da müssen wir viel Aufklärungsarbeit leisten. Das kann, auch wenn wir Schule nicht überfordern dürfen, Teil dessen sein, was Schule mit machen kann. Warum nicht Eltern mehr mit in den Unterricht einbeziehen, beispielsweise im Nachmittagsunterricht oder in Stadtteilentwicklung? Da hätten wir viele Möglichkeiten, das zu leisten.

Prof. Dr. Andreas Blätte (Universität Duisburg-Essen, Institut für Politikwissenschaft): Als Lehrer hat man auch einen Eid geschworen auf die Verfassung. Insofern gibt es bestimmte Positionen, denen man nicht den Raum geben muss. Aber die große Herausforderung ist: Wie eröffnet man Diskursräume? Insofern es möglich ist und überhaupt Platz an den Schulen für aktuelle Diskussionen ist, ist die Versuchung groß, wenn man nicht auf eine strittige Diskussion vorbereitet ist, dass man es einfach umschiffert und sich auf eine langweilige Institutionenkunde zurückzieht.

Man muss auch Diskursräume wieder eröffnen, den Mut haben, diese zu eröffnen. Aber das geht nicht, ohne die Lehrkräfte zu befähigen, diese Diskussionen zu führen. Und gerade, wenn man ein Thema wie den Gaza-Krieg nach dem terroristischen Angriff der Hamas hat, dann ist das eine unglaublich schwer zu führende Diskussion, wo man am Anfang steht und nicht weiß, wie man diese Diskussion genau führt. Aber es

braucht auch den Mut, Diskursräume zu öffnen, denn ansonsten werden die Debatten in Bubbles geführt und führen in Richtungen, die hochproblematisch sind.

Das leitet über zu der Frage nach der „Superdiversität“ in den Klassenzimmern. Alle Diskussionen, die wir führen, müssen vor dieser Folie geführt werden. Natürlich ist die Lage da sehr unterschiedlich. In einem Gymnasium im Münsterland, im Siegerland oder in der Eifel sieht es anders aus als in einem Gymnasium in Bochum oder Duisburg. Wenn wir dann in die anderen Schulformen gehen, Hauptschulen und Realschulen, dann ist da der Anteil der Personen mit Migrationsbiografie deutlich höher. Das überschneidet sich also, weil sehr viele mit einer Einwanderungsgeschichte bei den höheren Bildungsabschlüssen noch nicht angekommen sind.

In der oberen Mittelschicht haben wir diese Überschneidung von Migrationsbiografie und geringerem Zugang zu politischer Bildung. Es gilt auch deswegen sehr darauf zu achten – auch ein Argument für die Diskursräume. Eine Möglichkeit, die es gibt, ist, mit Elterninitiativen zusammenzuarbeiten, Kooperationsmöglichkeiten mit außerschulischen Akteuren zu suchen.

Konkret angesprochen wurde, wie wir unsere Erinnerungskultur weiterentwickeln. Die Exzeptionalität des Holocaust ist unstrittig. Gleichzeitig muss man Wege suchen, die Geschichte des Holocaust ein Stück weit zu einer universelleren Geschichte weiterzuerzählen, sodass man Klarheit hat, wozu Menschenfeindlichkeit führt. Diese Möglichkeit gibt es, aber das will auch in dialogischen Formaten mit verschiedenen Akteur*innen entwickelt sein, die man wohlmeinend in der Gesellschaft findet. Ich glaube, das ist nicht verstellt. Es gibt diese Akteur*innen. Aber da muss man auch die Ansatzpunkte suchen und entwickeln.

Prof. Dr. Karim Fereidooni (Ruhr Universität Bochum [per Video zugeschaltet]):
Zur ersten Frage: Wie kann emotionales Lernen in der politischen Bildung in einer Einwanderungsgesellschaft gelingen? Ich würde sagen, es geht darum, das eine zu tun, ohne das andere zu lassen. Diese Gedenkstättenfahrten sind total wichtig. Gleichzeitig kann man ergänzend Gedenkstättenfahrten durchführen nach Auschwitz, aber auch nach Solingen, beispielsweise.

Das Problem an diesem Komplex ist: Wir dürfen ungleichheitsrelevante Strukturen – Antisemitismus, Rassismus, Queerfeindlichkeit, Transfeindlichkeit –, wir dürfen diese Phänomene nicht in die Vergangenheit verorten, sondern wir müssen die in die Gegenwart holen. Solingen, Hanau, Hoyerswerda, Halle: Das sind Beispiele, um Ungleichheitsstrukturen in die Gegenwart zu überführen.

Deswegen: Das eine tun, ohne das andere zu lassen. Das heißt, über aktuelle Ungleichheitsstrukturen mit den Schüler*innen zu reden und – ich habe das in diesen 50 Handlungsempfehlungen für Lehrkräfte formuliert; eine Handlungsempfehlung ist beispielsweise, sich mal die Rolle des Großmufti von Jerusalem anzuschauen, der sich mehrmals mit Hitler getroffen hat – gleichzeitig zu schauen, welche muslimischen Persönlichkeiten jüdische Menschen vor der Deportation bewahrt haben.

Auch über diese beiden Punkte redet man, wie ich finde, zu wenig, wenn es um Demokratiebildung geht. Dann können muslimische Jugendliche nicht sagen: Wir haben

damit nichts zu tun, Opa war kein Nazi. „Opa war kein Nazi“ sagen sowieso die anderen auch, das ist ja ein geflügeltes Wort gewesen. So viele Menschen im Widerstand kann es ja gar nicht gegeben haben.

Also, Emotionalität, ja, aber es geht nicht um Schuld. Es geht um Verantwortung, auch das zu stärken. Generell allen Schüler*innen zu sagen: Es geht um Verantwortung. „Ihr tragt dafür Sorge, dass unsere demokratische Grundordnung weiter am Leben bleibt, indem ihr euch jeden Tag positioniert!“

Genozide, die es jenseits des Holocaust gab – damit will ich nichts relativieren –: Srebrenica, Hutus, Tutsis. Wie kann man Brücken bauen zu Genoziden, die auch anderswo stattgefunden haben, damit Personen, die vielleicht eine familiäre Einwanderungsbiografie haben, sich stärker damit auseinandersetzen – Genozide an Jesidinnen beispielsweise oder an Kurdinnen oder Alevitinnen in der Türkei? Da kann man Brücken bauen.

Der zweite Punkt, Beutelsbacher Konsens: Das ist mir ganz wichtig, weil ich häufig auf Instagram angeschrieben werde von Influencer*innen, die hauptamtlich Lehrer*innen sind und sich für Demokratiebildung, für demokratische Strukturen einsetzen. Die werden regelmäßig zur Bezirksregierung zitiert oder erst mal von der Schulleitung kritisiert, weil die Schulleitung nicht will, dass die sich für die Demokratie einsetzen. Die sagen: „Was machst du da eigentlich, du bist Lehrer oder Lehrerin. Du darfst dich nicht politisch äußern.“ Das ist Quatsch!

Da würde ich mir von der Landesregierung wünschen: Wir haben eine tolle Stellungnahme von der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung und auch zwei anderen Fachverbänden, 2018 bereits entwickelt. Geben Sie das proaktiv an die Schulleitungen raus! Denn ich glaube, da gibt es ein Missverständnis, dass viele Schulleitungen glauben, Lehrkräfte dürfen sich gar nicht politisch äußern. Das ist Quatsch. Wir müssen unsere Demokratie verteidigen, weil die Demokratiefeinde jeden Tag daran arbeiten, unsere Demokratie zu zerstören. Deswegen: Helfen Sie den Schulleitungen in der Entscheidungsfindung! Das könnte die Landesregierung machen.

Der dritte Punkt, die Rolle der Eltern: Das hat Frau Zurstrassen bereits gesagt. Der Einfluss des Elternhauses auf die Herausbildung von Einstellungsmustern von Kindern und Jugendlichen ist zum Teil sogar größer als der Einfluss des Unterrichts. Wenn der dann noch fachfremd unterrichtet wird und nur eine Stunde pro Woche stattfindet, dann haben wir nur marginale Effekte im Unterricht, um politische Einstellungen zu formen. Deswegen habe ich auch in der Stellungnahme gefordert: Lassen Sie uns ein Konzept ausarbeiten, wie man schulische Kooperation mit Familienbildungsstätten initiieren kann.

Sie sollten einen Fehler nicht machen: Lehrkräfte haben keine Zeit, sich noch um Elternbildung zu kümmern. Die haben genug zu tun mit den Schüler*innen. Wenn Sie dann noch ankommen und sagen, „Sie müssen jetzt auch noch die Eltern beschulen“, das ist Quatsch. Das geht nicht.

Familienbildungsstätten können eine Institution sein. Meiner Meinung nach gibt es noch keine guten Konzepte diesbezüglich. Die sollten aber ausgearbeitet werden, damit wir auch die Eltern an Bord bekommen.

Vorsitzender Florian Braun: Frau Weisband, Sie sind vorhin noch so halb angesprochen worden. Wenn Sie wollen, können Sie gerne ergänzen.

Marina Weisband (politik-digital [per Video zugeschaltet]): Ich würde sehr gerne ergänzen, weil ich die Frage fantastisch finde. Es ist tatsächlich so, dass wir uns viel konzentrieren auf Schüler*innen ohne Migrationshintergrund, wenn wir darüber nachdenken, wie wir politische Bildung am besten betreiben.

Schüler*innen mit Migrationshintergrund haben teilweise eine völlig andere Ausgangslage, die mit eingepreist werden muss, und das ist zu sehr großen Teilen eine autoritäre Sozialisation. Autoritäre Sozialisation ist nicht das gleiche wie Obrigkeitshörigkeit. Ich wurde selbst in einem sozialistischen Land autoritär sozialisiert, meine Eltern auch. Es bringt ein Grundmisstrauen gegen Regierungsinstitutionen mit sich und eine viel stärkere Konzentration und ein Verlassen auf die eigene Familie.

Das ist sehr ungünstig, wenn man versucht, politische Bildung zu betreiben und Vertrauen in Institutionen zu schaffen. Als meine Mutter hierher migriert ist, sagte sie: Ich habe in Deutschland fünf Jahre gebraucht, um zu lernen, was Selbstwert ist, weil das vorher einfach nie vermittelt wurde. Das ist, glaube ich, der erste Schritt, mit dem wir so viel erreichen können.

Ich erreiche in meiner Arbeit täglich unfassbar überraschende Ergebnisse mit Jugendlichen, die vorher immer mit verschränkten Armen in der letzten Reihe gesessen haben; nichts geht sie was an. Und wenn ich gefragt werde, wie ich das mache, ist meine Antwort: Ich kann durch eigene Lebenserfahrung empathisch arbeiten und diese Offenbarung – „Hey, in einer Demokratie interessiert Leute wirklich, was du denkst; deine Bedürfnisse sind hier relevant auf einer institutionellen Ebene“ –, das ist ein Stück weit gedehnt als Wahrheit, weil die Schule sich oft nur bedingt um die Bedürfnisse der Schüler*innen kümmert. Aber es ist etwas, das wir versuchen, in politischer Bildung zu etablieren, wenn wir Partizipation machen.

Diese Form von Bereicherung, von Eröffnen eines völlig neuen Wirkungsrahmens bringt sehr schnell Ergebnisse. Die Voraussetzung dafür ist aber, dass man politische Bildner*innen vielleicht an den Schulen hat, die nicht die Lehrkräfte sind, von denen du auch nicht abhängig bist in deiner Zukunft, die dich also nicht bewerten und benoten. Aber wir haben in Deutschland zum Glück ganz viele Leute von außen, die selbst Migrationshintergrund haben und für die die Demokratie selbst im Aufwachsen nie selbstverständlich gewesen ist.

Wir müssen beachten, dass Kinder, die in migrantischen Familien aufwachsen, oft in zwei Werte- und Normensystemen aufwachsen. Das heißt, sie werden in der Schule für Dinge bestraft, für die sie zuhause belohnt werden, und sie werden zuhause für Dinge bestraft, für die sie in der Schule belohnt werden. Und das ist sehr schwer auszuhalten.

Das ist eine Wahrheit, die ausgesprochen werden muss. Ich musste erst erwachsen werden und durch vier Psychotherapien gehen, um das für mich zu begreifen, bis es dann endlich so war. Es muss ausgesprochen werden. Es muss ausgesprochen werden, dass es verschiedene Werte- und Normsysteme gibt und dass es schwerfällt

aufzuwachsen, ohne eine eindeutige Orientierung zu haben. Auch dafür brauchen wir Personal an Schulen, das nicht Lehrpersonal ist, das das auffangen kann.

Ich glaube, der gezielte Einsatz von Menschen, die selbst Migrationserfahrung haben und die diese Probleme auf eine intime Art verstehen und dadurch auch eine Glaubwürdigkeit gegenüber den betreffenden Schüler*innen entwickeln können, sodass sie nicht als Fremde angesprochen werden, sondern von einem Punkt des Mitgefühls aus, ist zentral. Deshalb würde ich mich auch freuen, wenn wir erfassen, wie viele politische Bildner*innen wir eigentlich haben, die für dieses Thema sensibilisiert sind und die selbst Migrationshintergrund mitbringen, die man vielleicht sogar mit Schulen vernetzen kann, in denen mehr Migrationshintergrund insgesamt ist.

Vorsitzender Florian Braun: Vielen Dank. – Weg frei für eine weitere Fragerunde. Gibt es noch weitere Fragen?

Franziska Müller-Rech (FDP): Eine letzte Frage habe ich zu einem ganz konkreten Instrument. Es mag vielleicht klein erscheinen, ich hoffe Sie sehen es nicht als klein. Ich möchte Herrn Bala bzw. Herrn Sala, Herrn Professor Blätte und Herrn Wölfel zum Thema „Schülersprecher*innenwahlen“ befragen.

Aktuell ist im SV-Erlass des Landes geregelt, dass die Schülersprecher durch den Schülerrat gewählt werden. Das ist so der Standard; man kann auch schon davon abweichen. Das machen Schulen. Insbesondere die LVR-Gutenbergschule ist da ein tolles Beispiel, die das als richtige Urwahl machen, quasi als Erprobung, wie eine richtige Wahl abläuft, mit Wahlkabinen, Wahlzetteln etc.

Würden Sie befürworten, dass das der Standard würde, dass die Urwahl von Schülersprechern der Standard ist und man damit schon die erste Wahlerfahrung in der Schule macht?

Vorsitzender Florian Braun: Jetzt muss ich aufpassen, dass ich mich nicht zu weit aus dem Fenster lehne als jemand, der nicht in einer Urwahl zum Schülersprecher gewählt wurde, aber immerhin gewählt. Ich will sagen, auch das war eine korrekte Wahl. Das nehmen auch einige hier in diesem Raume für sich in Anspruch, auch wenn sie nicht in Urwahl Abgeordnete wurden, es dennoch eine ordentliche Wahl war.

Dann sind wir uns wie immer einig. Die Frage ist trotzdem ernsthaft notiert. Ich schaue in die Runde, ob es weitere Fragen gibt. – Das ist nicht der Fall. Dann fangen wir gerne mit den Schülervetretern an, bitte.

Elias Bala (Landesschüler*innenvertretung NRW): Wie sich bestimmte Strukturen legitimieren ist natürlich immer eine Frage. Es ist auch eine Möglichkeit der Legitimation, das stufenweise erfolgen zu lassen.

Ich würde aber sagen, dass das in der Schule bei den Schülersprecher*innen eine Möglichkeit ist. Ich würde das hier vielleicht der Schüler*innenschaft offenlassen, darüber selber zu entscheiden. Grundsätzlich halte ich es aber für eine adäquate Möglichkeit.

Mir sind auch Schulen bei uns in Bochum bekannt, die das so machen und wo das eigentlich ganz gut funktioniert.

Die Frage ist hier, wenn man es konkret umsetzen würde, wie denn hier die Kandidaturen geschehen, wie sich die Kandidat*innen den Schüler*innen vorstellen können. Beispielsweise: Gibt es eine Schüler*innen-Vollversammlung dazu? Geschieht das über Texte, Videos? Wie zugänglich ist das Ganze?

Was dann, finde ich, viel wichtiger und konkreter ist, ist, dass diese Schülersprecher*innen dann auch die Möglichkeit haben müssen, Sachen in der Schule umzusetzen. Das ist an manchen Schulen grandios gelöst – da funktioniert das toll –, an anderen wieder dann nicht.

Tatsächlich geht es um die Möglichkeit, in der Schule konkret Sachen zu verändern, sei es ein Kunstprojekt auf den Schultoiletten oder ein ganzer Projekttag, eine ganze Projektwoche zu organisieren. Grundsätzlich würden wir dem nicht abgeneigt sein, dass in der Schule die Schüler*innenvertretung von der Schüler*innenschaft gewählt wird, was auch vermitteln kann, wie ein demokratischer Prozess abläuft. Es gibt auch die Jugendwahlen. Aber da hat man dann direkt auch ein Ergebnis, dass tatsächlich jemand in ein Amt kommt.

Achim Wölfel (Mehr Demokratie): Ich kenne dieses konkrete Modell, das gerade genannt wurde, nicht, in dem über die Urwahl die Schülersprecher gewählt werden. Als Vertreter eines Vereins, der sich sehr viel mit Wahlrecht auseinandersetzt, würde ich sagen, dass das auf jeden Fall eine Möglichkeit unter verschiedenen ist.

So haben alle möglichen Wahlrechte ihre Vor- und Nachteile. Ich finde deswegen den Vorschlag von meinem Vorredner Herr Bala sehr charmant, dass man die Schüler*innenschaft darüber entscheiden lassen könnte, welches Wahlverfahren in einem bestimmten Fall zum Zuge kommt, und dass man gemeinsam reflektiert, was das konkret für diese Wahl bedeutet.

Prof. Dr. Andreas Blätte (Universität Duisburg-Essen, Institut für Politikwissenschaft): Das ist eine unglaublich reizvolle Frage für einen Politikwissenschaftler. Es wird oft diskutiert: Was würde es mit der Legitimation des Bundespräsidenten machen, wenn der direkt gewählt würde? Es würde das ganze politische System umgestalten und zu vielen Folgen führen. Was würde es also machen, wenn wir die Schülersprecher*innen direkt wählen lassen würden? Es wäre eine neue Legitimation. Aber es könnte auch so etwas geben wie einen Wahlkampf. Wenn es einen Wahlkampf an der Schule gibt, könnte es auch unterschiedliche Listen geben. Es könnte eine sehr polarisierte Wahl sein, es könnte auch eine Politisierung der Schule herbeiführen, und es könnte zu Dingen führen, wo man sagt: Okay, wie kriegen wir das dann wieder eingefangen?

Im Endeffekt kann es auch sein, dass man dann diesen Schülersprecherpräsidenten oder -präsidentin hat und das dann quasi gar nicht den demokratisch befähigenden Effekt hat, den man eigentlich möchte, dass sich die Schülerschaft in der Breite für den Raum Schule verantwortlich fühlt. Das will vielleicht durchdacht sein. Insofern finde ich

die Idee sehr charmant, so etwas mit allen Facetten in der Diskussion zu einem Projekt zu machen, das Schulen umsetzen.

Ich fände es ein bisschen voreilig zu sagen: Das ist jetzt das neue Modell, weil es sich wie Demokratie anfühlt. Es ein bisschen experimentell anzugehen und Schüler*innen die Möglichkeiten zu geben, das einfach mal durchzugehen. Zu was das führt, das würde ich gerne als Politikwissenschaftler begleiten.

Vorsitzender Florian Braun: Wir haben auf jeden Fall die Euphorie gespürt, die gerade durch den Raum gegangen ist.

Gibt es weitere Fragen? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann verbleibt mir zum Abschluss Ihnen, liebe Sachverständige, noch mal ganz herzlich zu danken für die eingereichten Stellungnahmen im Vorfeld wie auch für die Zeit, die Sie heute investiert haben. Herr Dr. Thiesler, Sie wollen noch mal zum Abschluss?

Dr. Ekkehard Thiesler (Bank für Kirche und Diakonie): Ja, Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Liebe Sachverständige! Wenn Sie Interesse haben, einmal eine virtuelle Führung durchzuführen, wie zum Beispiel auch der Ministerpräsident, aber auch einzelne im Ministerium das schon durchgeführt haben, gerne. Kommen Sie da auf mich zu! Ich leite das weiter. Die Gedenkstätte organisiert das gerne.

Das wollte ich noch mal sagen, weil es besser ist, wenn man einmal gesehen hat, wie authentisch das ist und mit welchen Möglichkeiten des Zugangs es versehen ist. Es ersetzt nicht unbedingt die Reise, bietet aber doch eine Möglichkeit, dass sich alle Schülerinnen und Schüler damit auseinandersetzen.

Vorsitzender Florian Braun: Ein freundliches Angebot. Das geben wir gerne weiter. Kontaktdaten werden wir im Zweifel über unseren Ausschussreferenten weiter verteilen können. Danke für das. Danke für die Zeit, die Sie heute investiert haben. Ich wünsche Ihnen gleich einen guten Heimweg.

Wir werden uns im Ausschuss nach der sitzungsfreien Zeit wieder zusammenfinden, um die heutige Anhörung auszuwerten, uns wiederum Gedanken machen, wie wir im Zusammenhang mit dem Antrag mit den heutigen Erkenntnissen umgehen. Das werden Sie sicherlich auch mit weiterverfolgen können.

Vielen Dank, dass Sie uns heute Rede und Antwort gestanden haben. Die Sitzung ist geschlossen.

gez. Florian Braun
Vorsitzender

Anlage

26.07.2024/26.08.2024

Anhörung von Sachverständigen
des Ausschusses für Schule und Bildung**Vermittlung demokratischer Werte und Strukturen zukunftsfest stärken**
Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 18/8433am Dienstag, dem 2. Juli 2024
14.00 bis (max.) 16.30 Uhr, Raum E3 A02, Livestream**Tableau**

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Dr. Ulrike Hospes Landesbeauftragte für Nordrhein-Westfalen Leiterin des Politischen Bildungsforums Nordrhein-Westfalen Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Politische Bildung Sankt Augustin	Dr. Ulrike Hospes	18/1614
Dr. Ekkehard Thiesler - Vorstandsvorsitzender - Bank für Kirche und Diakonie eG - KD-Bank Dortmund	Dr. Ekkehard Thiesler	---
Karim Fereidooni Ruhr Universität Bochum Fakultät für Sozialwissenschaft Didaktik der Sozialwiss. Bildung Bochum	Prof. Dr. Karim Fereidooni <i>(per Videozuschaltung)</i>	18/1606
Marina Weisband Münster	Marina Weisband <i>(per Videozuschaltung)</i>	18/1622
Landeschüler*innenvertretung NRW Düsseldorf	Elias Bala Jonas Sala	18/1623
Professor Dr. Bettina Zurstrassen Universität Bielefeld, Fakultät für Soziologie, Abteilung IX Fachdidaktik der Sozialwissenschaften Bielefeld	Prof. Dr. Bettina Zurstrassen	18/1600

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Achim Wölfel Landesgeschäftsführer NRW Mehr Demokratie e.V. Köln	Achim Wölfel Jens Mindermann	18/1624
Professor Dr. Andreas Blätte Professor für Public Policy und Landespolitik Universität Duisburg-Essen Institut für Politikwissenschaft Duisburg	Prof. Dr. Andreas Blätte	18/1637
Deutsches Jugendinstitut Dr. Frank Greuel Deutsches Jugendinstitut Außenstelle Halle	Dr. Frank Greuel <i>(per Videozuschaltung)</i>	---